

## Einwohnerrat; Sitzungsprotokoll

|                         |                                                               |
|-------------------------|---------------------------------------------------------------|
| <b>Datum</b>            | 30. Oktober 2025                                              |
| <b>Zeit</b>             | 19:30 Uhr bis 22:55 Uhr                                       |
| <b>Ort</b>              | Aula Lenzhard                                                 |
| <b>Vorsitz</b>          | Beat Hiller, Einwohnerratspräsident                           |
| <b>Anwesende</b>        | 39 Mitglieder des Einwohnerrats<br>5 Mitglieder des Stadtrats |
| <b>Entschuldigte</b>    | Philippe Minnig                                               |
| <b>Protokollführung</b> | Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin                          |

---

## Traktanden

---

1. Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Pascale Muhmenthaler (GLP) und Christoph Kneuss (FDP)
3. (25/165) Gemeindeordnung (GO); Gesamtrevision
4. (25/171) Verkehrsmanagement Raum Lenzburg; Umsetzung; elektronische Busspur Seonerstrasse; Verpflichtungskredit
5. (25/172) Strassensperren Festanlässe; Beschaffung Sperrelemente; Verpflichtungskredit
6. (25/161) Sanierung Sägestrasse mit Anpassung Fuss- und Radwegübergang; Abschnitt Landi; Kreditabrechnung
7. (25/162) Neubau Meteorwasserleitung in Sägestrasse und Werkhofstrasse (UFA-Areal); Kreditabrechnung
8. (25/174) Schulhaus Mühlematt 2. Etappe; Erweiterung des bestehenden Schulhauses; Kreditabrechnung (Planungs- und Baukredit)
9. (25/176) Schulraumplanung Stadt Lenzburg; Oberstufenzentrum Lenzhard; Schulraum-Provisorium; Kreditabrechnung
10. (25-169) Postulat; SP; GLP; Grüne; EVP; Ringstrasse; Tempo 30 in der Nacht; Überweisung
11. (25/163) Schriftliche Anfrage; SP und Grüne; leerstehende Häuser; Beantwortung des Stadtrats
12. (25/170) Schriftliche Anfrage; Die Mitte; Jungbürgerfeier; Beantwortung des Stadtrats
13. (25/168) Schriftliche Anfrage; FDP und Die Mitte; Waldmonitoring; Beantwortung des Stadtrats
14. (25/156) Schriftliche Anfrage; GLP; Altstadtfest; Beantwortung des Stadtrats
15. Umfrage

## Verhandlungen:

### 1 Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich begrüße alle herzlich zur heutigen Sitzung. Alle Einwohnerinnen und Einwohnerräte, den gesamten Stadtrat, Presse sowie die Zuschauenden, welche heute gut vertreten sind. Ebenfalls begrüße ich Christoph Hofstetter von der Stadtschreiberei sowie Beatrice Räber. Wir kommen zur zweitletzten Sitzung in dieser Legislatur. Wir haben heute mit der Gemeindeordnung ein spannendes Traktandum vor uns und auch sonst noch das eine oder andere Geschäft, welches zu Diskussionen führen könnte. Bitte haltet euch kurz, die letzte Sitzung mit dem Budget war sehr lange und ich wäre heute gerne früher fertig. Ich komme nun zu den Mitteilungen. Das Protokoll der letzten Sitzung ist noch in Arbeit. Die Beschlüsse der Sitzung vom 25. September 2025, welche dem fakultativen Referendum unterlagen, werden am 3. November 2025 in Rechtskraft erwachsen. Die Urnenabstimmung über das Budget 2026 findet am 30. November 2025 statt. Wir haben einen Neueingang der FDP im Zusammenhang mit der Entfernung der Parkbänke im Heropark. Philippe Minnig ist heute entschuldigt und Martin Killias kommt ein wenig später. Wir sind also 38 im Moment. Kommen wir zur Inpflichtnahme der neuen Mitglieder des Einwohnerrats.

### 2 Inpflichtnahme Pascale Muhmenthaler (GLP) und Christoph Kneuss (FDP)

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Pascale Muhmenthaler als Ersatz von Chantal Toker, welche aus Lenzburg weggezogen ist und Christoph Kneuss als Ersatz von Ruby Ott-Häusermann. Ich bitte die beiden vorzutreten damit Beatrice die Eidesformel vorlesen kann. Den Rest bitte ich aufzustehen.

Beatrice Räber: Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrats, das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Pascale Muhmenthaler (GLP) und Christoph Kneuss (FDP): Ich gelobe es.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann wünsche ich euch noch einen guten Rest in diesem Einwohnerrat, es ist nicht mehr lange, ihr seid ja voll im Wahlkampf und ich hoffe, dass ihr auch dann in der nächsten Legislatur weiterhin im Einwohnerrat sein könnt.

### 3 (25/165) Gemeindeordnung (GO); Gesamtrevision

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zum ersten Geschäft, die Gemeindeordnung. Die Gemeindeordnung ist ein wichtiges Dokument, welches die Regeln innerhalb des Einwohnerrats sowie des Stadtrats festlegt und dort gewisse Rahmenbedingungen vorgibt, aber auch ganz klar Zuständigkeiten und Kompetenzen regelt. Wir werden das Geschäft durchführen wie das Budget, es gibt eine Eintretensdebatte und anschliessend eine Detailberatung, in der ich durch jeden Paragraphen durchführe, denn es sind schon einige Änderungsanträge bei mir eingetroffen. So können wir das entsprechend behandeln und am Schluss über die Gemeindeordnung in der Form wie wir sie haben möchten abstimmen und diese weiterleiten. Auch da gibt es dann eine Volksabstimmung über die definitive Lösung. Sprecher für die Einleitung ist Thomas Schär, Präsident der GPFK, danach wird Simona Minnig, Präsidentin der Spezialkommission, noch auf einige Details eingehen.

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, ich möchte vor allem der Kommission danken, die sich mit dieser Gemeindeordnung auseinandergesetzt hat, im speziellen Simona Minnig, sie hat die Kommission geleitet, den engagierten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten aus allen Fraktionen und vor allem den Fachpersonen aus der Verwaltung. Wir haben mehrfach vernommen, wie wertvoll die Arbeit seitens der Verwaltung gewesen ist für die Kommission, die Vorbereitungen, die Abklärungen, welche sie für die Kommission getroffen haben. Ein persönlicher Hinweis meinerseits. Bei der Vorbereitung auf das Geschäft fand ich es am spannendsten, die Protokolle all dieser Sitzungen durchzugehen. Denn dort haben wir gut gesehen, wie konsensorientiert das Vorgehen gewesen ist und wie pragmatisch gearbeitet worden ist. Danke daher dem Verfasser. Im Dank ebenfalls integrieren möchten wir seitens der GPFK auch den Stadtrat, weil er auch dieses Geschäft wie die BNO-Revision mit einer Spezialkommission hat beraten und vorbereiten lassen. Das hat schlussendlich viel Diskussionszeit in den Fraktionen und vor allem auch in der GPFK gespart. Wir hatten in der GPFK Simona zu Gast. Sie hat uns die Arbeit der Kommission und einige Grundgedanken geschildert. Grosse Fragen sind dabei nicht aufgekommen. Die Fraktionen haben rundum auf verschiedene Punkte hingewiesen, die ihnen wichtig sind und zu denen wir nachfolgend wohl auch den einen oder anderen Änderungsantrag hören werden. All diese Themen sind in der Spezialkommission mehr oder weniger ausführlich diskutiert worden. Man kann das den Protokollen entnehmen. Wir haben auch in den Fraktionen davon erfahren, haben dort diskutiert und so unsere Meinungen eingebracht. Die unterschiedlichen Sichtweisen sind selbstverständlich legitim, auch dass nun mit Anträgen nochmals auf die Gemeindeordnung eingegangen wird und allenfalls eine andere Vorlage zur Abstimmung kommt als jene die uns vorliegt. Wichtig ist uns jedoch Folgendes: Wir sind von der Bevölkerung gewählt und bringen ihre Meinungen und Überzeugungen in den politischen Prozess ein. Die Gemeindeordnung wird der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt. All die vorarbeiten, sowohl in der Spezialkommission als auch in den Fraktionen, bei den Diskussionen, beim Spiegeln und beim Einbringen unterschiedlicher Meinungen, sowie der Feinschliff, den wir heute vornehmen. Mit all diesen Arbeiten kommt eine Vorlage zustande, die nachher an der Urne bei der Bevölkerung hoffentlich auf eine breite Unterstützung stösst. Wenn wir Änderungsanträge einbringen und dann diskutieren, könnten die angenommen oder abgelehnt werden. Wichtig scheint uns dann, in welcher Partei oder in welchem Kreis auch immer, kommuniziert wird was in dieser Gemeindeordnung drin ist oder eben auch nicht und weshalb. Alle Fraktionen waren in der Kommission vertreten und führen jetzt hier die Abschlussdebatte. Ziel muss sein, eine Gemeindeordnung zu schaffen, die von der Bevölkerung klar angenommen wird. Dies also ein paar Grundsatzüberlegungen seitens der GPFK, viel länger möchte ich da nicht werden. Einerseits sind wir angewiesen worden, uns kurzzuhalten, andererseits hat inhaltlich die Spezialkommission viel diskutiert. In der GPFK sind wir uns ziemlich einig gewesen, wir empfehlen euch, die Vorlage anzunehmen. Das mit 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen. Dies betrifft den ersten Antrag, die Gemeindeordnung. Dem zweiten Antrag können wir einstimmig zustimmen. Die GPFK empfiehlt also, die parlamentarischen Vorstösse der Geschäftskontrolle abzuschreiben. Besten Dank.

Simona Minnig (FDP): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, werte Medienschaffende und Gäste. Vor genau einem Jahr hat die Wahl der Spezialkommission stattgefunden, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen zusammensetzt. Mit der wertvollen Unterstützung seitens der Verwaltung hat sich die Kommission in den vergangenen Monaten gezielt an die Überarbeitung unserer über 20-jährigen Gemeindeordnung machen können. Das Ergebnis war äusserst erfreulich. Mit einer Ausnahme betreffend Finanzkompetenz des Stadtrats bei den Liegenschaftskäufen ist unserer

Empfehlung an den Stadtrat gefolgt worden und diese liegt heute zur Abstimmung vor. Die sich stellenden Fragen und Themen sind oft intensiv und teilweise auch mehrfach diskutiert worden, teilweise wurde auch darüber abgestimmt und dann wieder angepasst. Bei der Festlegung der Sitzungstermine ist explizit darauf geachtet worden, dass kontroverse Punkte, die wir heute auch in der Vorlage haben, in den Fraktionen vor- bzw. nachbesprochen werden konnten. Das Ergebnis sehen wir vor uns, eine ausgewogene Vorlage. Ausgewogen deshalb, weil jede Fraktion hier und da Federn lassen musste und doch, wie wir gehört haben, grundsätzlich hinter dieser Vorlage stehen kann. Wie wir eingangs gehört haben, werden wir gleich noch einmal über den einen oder anderen Änderungsantrag diskutieren dürfen. Bei den Änderungsanträgen, werte Kolleginnen und Kollegen, ist darauf zu achten, dass diese so formuliert sind, dass der Wortlaut eins zu eins in die Gemeindeordnung übernommen werden kann. Danke vielmals, dass ihr darauf achtet. Damit bleibt mir nur noch, mich nochmals herzlich bei allen Mitwirkenden zu bedanken. Ich freue mich auf eine spannende Diskussion und würde mich freuen, wenn die Gemeindeordnung heute, in welcher Form denn auch immer, genehmigt werden kann. So kann sie, wie Thomas sehr schön ausgeführt hat, auch von unserer Bevölkerung mit einer grossen Mehrheit angenommen werden. Danke vielmals.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zur Eintretensdebatte.

Francis Kuhlen (FDP): Sehr geehrte Damen und Herren, das Resultat der zweiten Spezialkommission, die ich in meiner Laufbahn im Einwohnerrat erlebt habe, liegt nun vor uns, und das in erstaunlich kurzer Zeit. Vor allem das Tempo hat mich beeindruckt und ich danke den Mitgliedern und den Beraterinnen und Berater sowie den Fachleuten, die der Spezialkommission zur Seite gestanden sind, ebenfalls für die geleistete Arbeit. Was mir vor allem gefällt, ist, dass das Werk nach dem Prinzip so viel wie nötig, so wenig wie möglich entworfen wurde. Das ist in der Politik doch eher eine Seltenheit. Es ist mir aber auch bewusst, dass noch vieles in Reglementen und in Verordnungen seinen Platz finden muss und dass uns noch viel Arbeit erwartet. Aber für das Prinzip, so viel wie nötig, so wenig wie möglich, gebührt der Spezialkommission nicht nur der Dank, sondern auch eine herzliche Gratulation.

Wir werden jetzt in der Vorlage einige umstrittenen Punkte relativ klar dargestellt sehen, bei denen sich der Stadtrat meistens nach irgendwelchen mir nicht bekannten Kriterien, für die eine oder andere Alternative entschieden hat. Die sind nicht immer im Sinn der FDP-Fraktion und wir werden uns vorbehalten, den einen oder anderen Änderungsantrag zu unterstützen oder selbst einzureichen. Nichtsdestotrotz empfiehlt die FDP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten. Wir werden die Gemeindeordnung auch genehmigen, wenn nicht noch ganz komische Sachen passieren. Vielen Dank.

Daniel Blaser (Die Mitte): Sehr geehrter Präsident, geschätzte Mitglieder von beiden Räten, liebe Gäste, liebe Vertreter der Medien. Die Mitte- und die EVP-Fraktion möchten sich auch zuerst ganz herzlich bedanken für die sehr zeitintensive Vorarbeit dieser revidierten Gemeindeordnung. Einen speziellen Dank geht an die Mitglieder der Spezialkommission und Präsidentin Simona Minnig sowie an Christoph Hofstetter und Beatrice Räber. Wir schätzen sehr, dass sogar die Auszüge aus den Sitzungen mitgeliefert wurden. Für alle Ratsmitglieder, die die Diskussionspunkte dieser sieben Sitzungen noch lesen wollen, war das eine richtig gute Entscheidung. Was wir und auch ich als Mitglied dieser Kommission sehr geschätzt haben, war der vorbildlich demokratische Entscheidungsprozess, der zwischen den Fraktionen und den Kommissionen stattfinden konnte. Jetzt möchte ich noch kurz auf ein paar kleine Punkte eingehen, ein paar Paragraphen, damit ich nachher nicht jedes Mal wieder



aufstehen muss. Bei Paragraph 4b und 4c, sehen wir die Notwendigkeit, die Beiträge, die seit 2006 nicht mehr angepasst worden sind, der heutigen Zeit anzupassen. Dies auch um den Entscheidungsprozess ein wenig zu beschleunigen. Paragraph 6 beim Zusammenschluss der Stadtrat- und Einwohnerratswahlen sehen wir gerade als kleine Mittepartei viel Potenzial. Einerseits kann man Kosten und vor allem viel Arbeit einsparen, andererseits werden die Einwohnerräte, die für den Stadtrat kandidieren, auch gerade auf der Einwohnerratsliste aufgeführt. So muss nicht überlegt werden, ob Plakate oder Gruppenfotos angepasst werden müssen oder nicht. Es kann früher, besser und einfacher geplant werden und die Drucksachen können in Auftrag gegeben werden. Dies kommt auch der Bevölkerung zugute. Die Zeit, in der die Plakate hängen wird von 16-17 auf rund acht Wochen reduziert. Mit dem Paragraph 14 haben wir unser Fraktionsziel erreicht. Uns war wichtig, dass wir die Kompetenzsumme für den Kauf und den Verkauf klar trennen. Beim Verkauf bleibt die bisherige Summe bei CHF 2,5 Millionen gleich. Für den Kauf von Liegenschaften oder Landparzellen ist für uns der Betrag von CHF 4 Millionen angemessen, auch damit man Prozesse beschleunigen kann. Der Paragraph 14d, Zusicherung des Gemeindebürgerrechts, dieses Thema hat uns beschäftigt. Die Mitte-Fraktion begrüsst grundsätzlich, dass die Traktandenliste des Einwohnerrats entlastet wird. Je nachdem, wie viele Bewerber auf dieser Liste standen, hat das doch manchmal recht viel Zeit beansprucht. Trotzdem ist es für uns sehr wichtig, dass die Einbürgerungskommission als Beratungsgremium für den Stadtrat bestehen bleibt, auch wenn die Kompetenz neu allein beim Stadtrat liegt. Die Kommission könnte theoretisch jederzeit abgeschafft werden. Die Mitte- und die EVP-Fraktion sind mit der revidierten Gemeindeordnung sehr zufrieden und werden dieser einstimmig zustimmen.

Manuel Egli (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vor allem auch geschätzte Gäste, es ist schön zu sehen, wie gut gefüllt unsere Zuschauerreihen heute bei diesem wichtigen Thema sind. Das Werk, das uns hier vorliegt, ist in diesem Jahr in unzähligen Sitzungen und Diskussionen erarbeitet worden. Dafür möchte ich zuerst Lob aussprechen. Als erstes an Simona Minnig, welche als Präsidentin diese Kommission extrem gut geführt hat; allen Fraktionen, die dafür gesorgt haben, dass das Werk, das uns jetzt vorliegt, schon sehr ausgewogen ist. Natürlich auch ein Dank an die Verwaltung, namentlich Christoph und Beatrice und allen Verwaltungsmitarbeitenden, welche extrem gute Supportleistungen erbracht haben. Uns von der GLP war in erster Linie wichtig, dass wir eine moderne Gemeindeordnung haben, eine, die an das 21. Jahrhundert angepasst ist. Da gehört für uns selbstverständlich dazu, dass wir uns als das nennen, was wir sind, und das ist eine Stadt. Da gehört für uns aber auch dazu, dass wir zukünftig unser Stadtoberhaupt nicht mehr Amman nennen, sondern ganz geschlechtsneutral Stadtpräsidentin oder Stadtpräsident. Mir konnte niemand genau erklären weshalb es Stadtmann heisst. Für uns gehört zu einer modernen Gemeindeordnung aber auch, dass man sich im Einwohnerrat stellvertreten lassen kann. Wir sind davon überzeugt, dass dies die Attraktivität des Amtes steigert und auch, dass sie sich so besser mit privaten Gegebenheiten vereinbaren lässt. Es wurde schon gesagt, die Finanzkompetenz hat in der Kommission viel zu reden gegeben, zu Recht wie ich finde. Es ist ein wichtiger Punkt. Uns ist auch wichtig, dass die Kompetenz angepasst wird, und es ist richtig, dass der Einwohnerrat dabei eine gewisse mitentscheidende Rolle erhält. Die gab es bisher noch nicht. Wir sind überzeugt, dass so die demokratischen Prozesse gewährleistet sind und auch weiterhin eine gewisse Agilität beibehalten werden kann. Mit der Höhe sind wir nicht ganz einverstanden, dazu aber später mehr. Ein Thema, was wir in die Kommission eingebracht haben, ist der gleichzeitige Wahltermin von Einwohnerrat und Stadtrat. Wir sind erfreut, dass der Stadtrat dies übernommen hat. Wir sind davon überzeugt, dass es für die Bevölkerung besser ist, wenn Exekutive und Legislative miteinander gewählt werden können. Es ist ein erprobtes Modell, welches auf kantonaler Ebene ebenfalls gut funktioniert. Auch darüber werden wir im

Verlauf des Abends noch reden. Grundsätzlich kann man sagen, wir von der GLP sind im Grossen und Ganzen sehr zufrieden mit der Vorlage und werden ihr auch einstimmig zustimmen. Ich bedanke mich noch einmal bei allen Beteiligten und bin gespannt auf die Debatte.

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Herr Präsident, wertete Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Medienschaffende, liebe Gäste. An der Revision einer Gemeindeordnung mitwirken zu können, ist etwas Besonderes. Wir haben es gehört, letztes Mal gab es diese Gelegenheit vor 20 Jahren. Ich habe in der Spezialkommission die Meinung der SVP-Fraktion einbringen dürfen und habe das sehr geschätzt. Das war eine intensive, aber spannende Arbeit. In Gemeinden ohne Einwohnerrat, wird sich das Volk vermutlich nicht ganz so intensiv mit der Gemeindeordnung beschäftigen, wie wir das in diesen sieben Sitzungen gemacht haben. Wir haben uns als Volksvertreter intensiv mit diesen 42 Paragraphen der geltenden Gemeindeordnung auseinandergesetzt. Die Gemeindeordnung regelt die politische Organisation unserer Stadt mit all diesen Zuständigkeiten, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten. In den letzten Monaten haben wir dann entsprechend auch einzelne Fragestellungen immer wieder in den Fraktionen diskutieren und spiegeln können. Apropos Gemeindeordnung, die Modernisierung wurde erwähnt. Wir haben uns in der Spezialkommission darauf geeinigt, dass wir den Begriff Gemeinde durchgängig durch den Begriff Stadt ersetzen. Wir haben historisches Stadtrecht, das hätten wir also schon in einer früheren Ausgabe dieser Gemeindeordnung ändern können. Einzig an einer Stelle machen wir eine Ausnahme. Wir bleiben bei der Bezeichnung Gemeindeordnung. Mit dem Begriff Stadtordnung hätten wir weit und breit ein Novum geschaffen. Mir sind zwei Gemeinden bekannt in der Schweiz, die eine Stadtordnung haben, im Bernbiet. In Bern, Basel oder Zürich wird überall nach wie vor der Begriff Gemeindeordnung verwendet. Aber vielleicht ist ja das dann eine Idee für die nächste Revision. Dass man jetzt im vorliegenden Entwurf nicht mehr Regelungen berücksichtigt und repetiert, die schon auf kantonaler Ebene definiert sind und auch die Paragraphen, die das Geschäftsreglement des Einwohnerrats betreffen und dorthin verschoben worden sind, wo sie eben hingehören, das macht für uns Sinn. Dass wir die Gemeindeordnung so auf 18 Paragraphen reduzieren können, begrüßen wir. Das erleichtert auch nachfolgende Revisionen und Anpassungen, die sich aus Änderungen beim übergeordneten Recht ergänzen. Ebenso begrüßen wir, dass unsere Motion betreffend Zuständigkeit bei den Einbürgerungen in der neuen Gemeindeordnung Aufnahme gefunden hat. Die vorgeschlagene Zuständigkeit beim Stadtrat verschafft uns, auch das ist schon erwähnt worden, bei den Einwohnerratssitzungen ein wenig Luft. An dieser Stelle möchte auch ich mich ganz herzlich bedanken für die grossartige Arbeit, die geleistet wurde von Christoph und Beatrice. Christoph hat alle Gemeindeordnungen der anderen Einwohnerratsgemeinden im Aargau durchleuchtet. So wussten wir immer genau wie dieser Paragraph in anderen Gemeinden geregelt ist. Wir hatten einen Vergleich und konnten uns eine Meinung bilden: Das half enorm. Ausserdem konnten wir mit der Erstellung der Synopsen sehr viel Vorarbeit sparen und gingen zügig in die Diskussionen hinein. Wie das so ist bei Diskussionen, auch Abklärungen mit der Rechtsabteilung des Kantons waren nötig. Auch diese hat Christoph getroffen. Ich bedanke mich im Namen der SVP-Fraktion ganz herzlich für die 1A-Unterstützung, die wir erhalten haben und ein ganz grosses Merci auch an Simona Minnig. Ich finde, wir haben die richtige Wahl getroffen, dich zur Präsidentin zu wählen. Du hast das kompetent und souverän gemacht, ganz herzlichen Dank. Sie wird uns auch weiterhin präsidieren, denn unsere Arbeit ist noch nicht abgeschlossen. Wir haben es gehört, wir arbeiten im Moment noch am Geschäftsreglement und das ist ein bisschen aufwändiger, als wir es uns vorgestellt haben. Wir haben ja diverse Paragraphen aus der Gemeindeordnung in dieses Reglement verschoben. Es liegt in der Natur der Sache, dass wir uns in der Kommission und in den Fraktionen nicht in allen Punkten der Gemeindeordnung einig sind, wie sie jetzt vorliegt. Deshalb werden

wir in der nachfolgenden Detailberatung zwei Änderungsanträge stellen. Die SVP-Fraktion macht die Unterstützung der Gesamtvorlage davon abhängig, wie sich die Schlussfassung nach dieser Detailberatung präsentieren wird.

Anja Kroll (Grüne): Geschätzter Herr Präsident, liebe Anwesende, es ist schon viel gesagt worden. Ich kann mich vor allen Dingen beim Dank anschliessen. Simona hat einen super Job gemacht als Präsidentin. Das war nicht immer ganz einfach. Sie hat aber auch sehr gute Unterstützung erhalten vom Stadtschreiber, vielen Dank, und auch an Bea es ist einfach der Heavy-Job, immer diese Protokolle zu schreiben. Es hat sich gelohnt, man kann sie nachlesen, Thomas hat es erwähnt. Es ist sehr wertvoll, wenn man nachher noch einmal versteht, wie die Entscheidungen eigentlich zustande gekommen sind. Was wirklich ganz klasse war, überhaupt in dem Prozess dabei zu sein. Wir entscheiden oft über Vorlagen, aber wann sind wir denn wirklich mal Legislative, so wie wir das jetzt in diesem Prozess gewesen sind? Ich finde, das war jetzt so ein Sahnehäubchen in der parlamentarischen Arbeit und ich freue mich, dass wir auch etwas vorlegen können, was nebenbei gesagt von den Grünen auch unterstützt werden wird. Wir stehen hinter dieser Vorlage, es sei denn, wie Francis das vorhin gesagt hat, es kommt jetzt noch etwas ganz Schräges, bei dem wir dann natürlich einen Vorbehalt machen müssten, aber davon gehen wir im Moment nicht aus. Ich danke auch den Gspänli in der Kommission, das hat Freude gemacht, diese Diskussionen zu führen. Das ist so das, wie ich mir eigentlich Politik wünsche, dass man über die Sache viel diskutiert und die Parteipolitik nicht ganz so wichtig ist. Die Sachen, die dann parteipolitisch sind, die kommen dann gleich noch, davon bin ich überzeugt. Aber schlussendlich muss ich sagen, es ist wirklich toll, dass dabei so eine schlanke Gemeindeordnung entstanden ist. Die ganzen Redundanzen und auch Widersprüche, die vorher in den Werken da waren, die sind jetzt dann nicht mehr da. Ich bin davon überzeugt, dass wir denen die später mit dem Arbeiten werden, egal auf welcher Ebene, einen guten Dienst erwiesen haben. Vielen Dank.

Martin Killias (SP): Lieber Herr Präsident, liebe Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe auch das Vergnügen gehabt, in dieser Spezialkommission mitarbeiten zu können. Ich schliesse mich den Vorrednern an und spreche Simona Minnig einen besonderen Dank aus. Sie hat die Kommission sehr fair und kompetent geleitet. Aber auch die kompetente und fachliche Begleitung des Stadtschreibers möchte ich erwähnen. Die synoptischen Darstellungen der anderen Gemeinden waren hervorragend. Wir haben einen Grundsatzentscheid getroffen und ich finde man sollte darüber noch ein Wort verlieren. Alle lobten die kurze Fassung der neuen Gemeindeordnung. Diese hat jetzt nur noch 18 statt 42 Paragraphen und lediglich noch sechs Seiten. Diese enorme Verschlinkung hat auch eine Kehrseite. Man verweist laufend auf das kantonale Recht. Man hat zwar eine schlanke Gemeindeordnung, muss aber dann die kantonale Gesetzessammlung präsent haben. Ich möchte das einfach in den Raum stellen, ich bin da ein bisschen gespalten. Ich bin nicht gegen die Verschlinkung, aber ich würde einfach sagen, das hat einen Preis. Wir haben verschiedene Punkte, die es jetzt noch ergänzend zu diskutieren gibt. Eine ist die Finanzkompetenz. Dort werden wir uns nachher noch dazu äussern. Wenn ich schon hier bin, möchte ich noch ein paar Worte zum Behördenreferendum verlieren. Das Behördenreferendum ist ein ernsthafter Vorschlag. Ich weise darauf hin, dass fast alle Kantone in ihrem kantonalen Recht für das kantonale Parlament ein Behördenreferendum haben. In vielen Gemeinden ist das noch nicht so üblich. Aber in grösseren Gemeinden eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Dies hat nichts mit Missbrauch zu tun. Ich möchte euch diesen Vorschlag ans Herz legen. Wir haben das so formuliert, dass es klar zu handhaben ist. Ein Drittel der Mitglieder, das sind 13,33, wir haben uns auf 14 geeinigt braucht es für das Behördenreferendum.



Ich erinnere daran, dass man beim Präsidententisch bei Abstimmungen manchmal Mühe hat, richtig zu zählen, und dass wir so im Nachhinein keine Diskussionen über die Anzahl der Anwesenden haben. Dies wäre nämlich beschwerdefähig.

Dann bleibt noch das symbolische und wichtige Thema Stadtpräsident versus Stadtmann. Es ist klar, ich wurde in Zürich sozialisiert. Daher ist für mich die Bezeichnung Stadtpräsident logisch. Andererseits habe ich eine ausgeprägte Hemmung zu sagen ja klar wir machen alles wie in Zürich. Mir passt das eigentlich nicht so ganz. Aber der Logik möchte ich mich nicht verschliessen wegen der Feminisierung des Worts. Stadtpräsidentin sagt sich leicht. Aber wir haben im Kanton Aargau auch einen Landammann. Solche Bezeichnungen haben sich einfach gehalten, so what. Aber wenn der Einwohnerrat das so machen will wie in Zürich dann verschliesse ich mich nicht. Unsere Fraktion ist der einhelligen Meinung und für mich ist das selbstverständlich auch okay. Es ist ja schliesslich meine vorletzte Sitzung, an der ich dabei bin. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Eintretensdebatte. Wenn das nicht der Fall ist, gehen wir nun Paragraf für Paragraf durch und dann bitte ich die Fraktionen, die einen Änderungsantrag wünschen, vorzutreten. Bei Paragraf 1 gibt es keine Änderungswünsche, kommen wir zu Paragraf 2.

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen von beiden Räten, liebe Gäste und Medienschaffende, danke Martin für dein Votum. Dies unterstützt genau unseren Änderungsantrag. Es betrifft den Paragraf 2, lit. d: Die SVP-Fraktion beantragt die Organbezeichnung "der Stadtpräsident/die Stadtpräsidentin" durch den Stadtmann zu ersetzen. Als Begründung für diesen Wechsel wird ausgeführt, es sei moderner und bei anderen Gemeinden und Städten schon gängige Praxis. Müssen wir denn tatsächlich auf andere Gemeinden schauen, wenn es um die Organbezeichnung unserer Amtsträger geht? Was ist falsch an der traditionellen Bezeichnung Stadtmann mit der auch die Bevölkerung vertraut ist? Wir sehen keinen Anlass für einen Wechsel dieser Organbezeichnung, umso weniger, als mit dem eben auch Folgekosten verbunden sind. Da macht man sich dann einmal wenig Gedanken darüber, sondern schaut einfach mal nach aussen und weniger nach innen. Christoph Hofstetter hat bestätigt, dass zwar nur wenige Reglemente und Verordnungen angepasst werden müssten, das ist überschaubar. Aber es müssen sämtliche Vorlagen in der Stadt geändert werden. Das hat Folgekosten, es müssen diverse Änderungen auf der Website vorgenommen werden. Wir sind der Meinung, das sind unnötige überflüssige Kosten und stellen deshalb diesen Änderungsantrag. Danke.

Anja Kroll (Grüne): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, das ist eine Antwort an Manuel. Das Wort Ammann kommt klar von Amt und Mann. Es ist also eine sehr traditionelle und sehr alte Bezeichnung aus einer Zeit, in der diese Ämter den Männern vorbehalten waren. Für mich als Feministin geht das nicht in unserer Zeit. Das ist die Begründung, weshalb wir für den Stadtpräsidenten und die Stadtpräsidentin sind. Danke.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzter Herr Präsident und geschätzte Anwesende, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich Anja anschliessen. Wir sind eine offene und moderne Stadt und wir sollten eine moderne, bürgernahe Sprache in den Begrifflichkeiten anwenden. Es ist noch interessant, ich habe jetzt gerade KI gefragt, was das heisst, Amman. Offenbar kommt es vom Wort Ampaktus und das heisst Diener oder Boten. Ich weiss jetzt nicht, ob es stimmt. Auf jeden Fall geht es wirklich um Gleichstellung und die Sprache schafft auch Realität. Deshalb ist es wichtig, dass wir da

Traditionen weiterentwickeln. Der Begriff gibt es schon Jahrhunderte hier im Aargau. Aber mir kommt gerade nichts in den Sinn, was auch über 100 Jahre alt ist und noch nicht anders ist. Die Welt ändert sich und entwickelt sich weiter. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Danke wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung:**

**Der Änderungsantrag der SVP die Organbezeichnung «der Stadtpräsident/die Stadtpräsidentin» durch den Stadtmann zu ersetzen wird mit 24 Nein-Stimmen zu 11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.**

Zu Paragraf 2 und 3 gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Kommen wir zu Paragraf 4.

Manuel Egli (GLP): Wir stellen, wie schon kurz angedeutet, einen Änderungsantrag, nämlich Paragraf 4 Absatz 2 lit. d. Wir würden den wie folgt ändern wollen. Bei Käufen oder Annahmen von Baurechten von mehr als CHF 5 Millionen (aktuell sind es CHF 6 Millionen) bei Baurechten kapitalisierte Baurechtszinsen. Die Begründung dazu ist wie folgt: Die Summe bei der die Stimmbevölkerung darüber abstimmen musste lag bei CHF 2,5 Millionen. Dies soll neu bei CHF 6 Millionen sein. Aus unserer Sicht ist das eine zu starke Schwächung des Mitwirkungsrechts der Bevölkerung. Das Argument, dass eine höhere Kompetenzgrenze auch schnelleres Reagieren ermöglicht, sehen wir auch und das ist nachvollziehbar. Aber wir sind davon überzeugt, dass dies auch mit einer Grenze von CHF 5 Millionen erreicht werden kann. Die Spezialkommission hat sich übrigens ursprünglich auch für diese Grenze ausgesprochen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir stimmen darüber ab.

**Der Änderungsantrag im Paragraf 4 Abs. 2 lit. d die Summe von CHF 6 auf CHF 5 Millionen zu reduzieren wurde mit 23 Nein-Stimmen zu 15 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.**

Martin Killias (SP): Es geht um Paragraf 4 Abs. 2, lit e da stellen wir folgenden Antrag. Weitere Beschlüsse des Einwohnerrats, wenn ein Drittel der Mitglieder des Einwohnerrats dies unmittelbar nach der Schlussabstimmung verlangt, kann das Behördenreferendum ergriffen werden. Das sogenannte Behördenreferendum ist in den Kantonen und Gemeinden der Schweiz weitverbreitet. In fast allen Kantonen kann ein bestimmtes Quorum von Parlamentsmitgliedern verlangen, dass bestimmte Beschlüsse der Volksabstimmung unterbreitet werden (im Kanton Aargau sind dafür 35 Mitglieder des Grossen Rats erforderlich). Auf Gemeindeebene kennt dieses Institut Aarau. In anderen Kantonen ist dies weit verbreitet. Im obigen Vorschlag wird ein Quorum von einem Drittel der Ratsmitglieder vorgeschlagen, das wären 14 Mitglieder. Mit dem Abstellen auf die Mitgliederzahl (anstatt der Anzahl anwesender Mitglieder) kann es keine Diskussionen über die benötigte Anzahl geben. Das Quorum ist so angesetzt, dass keine Fraktion mutmasslich je in der Lage sein wird, dieses Recht allein auszuüben. Es wird dazu immer eine breitere Unterstützung nötig sein. Das Sammeln von derzeit rund 400 nötigen Unterschriften ist umständlich. Auch sehr umstrittene Vorlagen werden auf diesem Weg kaum je angefochten. Sinn des Behördenreferendums ist, dass umstrittene Geschäfte auch ohne grossen Aufwand der Volksabstimmung unterbreitet werden können.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Auch hier stimmen wir darüber ab.

**Der Änderungsantrag zur Einführung eines Behördenreferendums wird mit 23 Nein-Stimmen zu 16 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.**

Zum Paragraph 5 gibt es keine Wortmeldungen dann kommen wir zum Paragraph 6.

Marcel Strebel (FDP): Geschätzte Anwesende beider Räte, Verwaltung und Gäste. Auch zum Paragraph 6 kommt ein Änderungsantrag zum Zeitpunkt der Wahlen. Wir von der FDP stellen folgenden Antrag. Die Wahl des Einwohnerrats erfolgt nach den Gesamterneuerungswahlen des Stadtrats auf eine Amtsdauer von vier Jahren. Die Vor- und Nachteile sind in der Spezialkommission und auch mit dem Stadtrat eingehend diskutiert worden. Dies konnten wir in den Vorlagen lesen und deshalb gehe ich nicht auf alle Punkte detailliert ein. Aber ich möchte zwei Punkte herausheben. Einerseits geht es um die Plakate. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit über einen Änderungsantrag von Manuel Silva abgestimmt bei dem es um die Plakate ging. Alle Fraktionen haben sich dafür ausgesprochen, dass Plakate durchaus ein gutes Mittel für die Demokratie sind. Deshalb bitte ich euch alle, egal wie ihr zu dem Antrag steht, das Thema Plakate ein bisschen auszublenden und sich auf die anderen Punkte, die ausgeführt sind, zu konzentrieren.

Der andere Punkt, den ich ansprechen will, ist folgender: Wir erachten es so, dass gerade wir als Angehörige des Einwohnerrats davon profitieren, wenn unsere Wahlen nicht von den Stadtratswahlen überschattet werden. Wenn wir das letzte Wahlwochenende anschauen, dann müssen wir uns eingestehen, die Einwohnerratswahlen wären massiv von den Stadtratswahlen überschattet worden. Besten Dank.

Manuel Egli (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich vorbereitet, weil ich gewusst habe, dass da etwas kommt. Ich möchte nochmals erläutern, weshalb wir den Vorschlag gemacht haben. Ich glaube in erster Linie ist es eine Vereinfachung für das Stimmvolk. Stadtrat und seine Parteien haben hoffentlich dasselbe Programm. Statt dass sich die Bevölkerung zweimal damit auseinandersetzen muss, kann dies in einem Mal erledigt werden. Es ist eine Vereinfachung für die Parteien. Es ist schwierig Personen für ein Milizamt zu begeistern und es wäre eine Entlastung, wenn man nicht von Sommer bis Winter Wahlkampf machen müsste. Ich nehme das Thema Plakat doch kurz auf. Ich erinnere mich an die Diskussion, die wir geführt haben. Wir sind ganz klar dafür, dass man weiterhin Plakate aufhängen darf. Aber es wäre ein Entgegenkommen an alle die sich ärgern über die vielen Plakate. Ich möchte auch kurz erwähnen, das Modell des gleichzeitigen Wahltermins ist nichts Neues. Das ist erprobt. Wir kennen es von den kantonalen Wahlen. Da wählen wir auch den grossen Rat und den Regierungsrat gleichzeitig. Auch andere Städte wie Baden oder Wettingen haben auf dieses System gewechselt. Wir bitten euch darum, den Änderungsantrag abzulehnen.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats. Es ist keine Entlastung für die Stimmbürger. Es gibt so oder so einen Abstimmungstermin im September und einen im November. Die Leute gehen sowieso an die Urne. Ob sie dann noch den Einwohnerrat wählen oder nicht spielt keine Rolle. Eine Entlastung gibt es nicht. Was die Plakate angeht, gibt es keine Vorgabe, solche aufzuhängen. Man muss nicht exakt acht Wochen vorher Plakate aufhängen. Man kann das auch später machen. Es gibt einen Grund, weshalb wir das so machen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann stimmen wir darüber ab.

**Der Änderungsantrag die Einwohnerratswahlen nach den Stadtratswahlen durchzuführen, wird mit 20 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.**

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, im kantonalen Gemeindegesetz ist seit zwei Jahren vorgesehen, dass Gemeinden in ihrer Gemeindeordnung die Vertretung von längerfristig verhinderten Mitgliedern des Einwohnerrats vorsehen können, aber nicht müssen. Diese Möglichkeit soll jetzt in Paragraph 7 des Entwurfs unserer Gemeindeordnung geschaffen werden. Die SVP-Fraktion beantragt, diesen Paragraphen ersatzlos zu streichen. Für uns sind zwei Punkte ausschlaggebend. Die Regelung schafft eine Ungleichbehandlung, sie beschränkt sich nämlich ausschliesslich auf Mutterschaft, Krankheit und Unfall. Ihr wisst alle, es gibt aber auch noch andere Gründe für längerfristige Absenzen, zum Beispiel einen beruflich bedingten Auslandsaufenthalt, Militär- oder Zivildienst. Auf kommunaler Ebene dürfen wir keine Ungleichbehandlung schaffen, weil wir gezwungen sind, die kantonale Regelung eins zu eins zu übernehmen. Wie einige von euch wissen, bin ich im Nebenamt auch noch Vorsorgespezialistin und in dem Kontext muss ich immer wieder Mütter im Politbetrieb darauf hinweisen, dass sie ihren Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung verwirken, wenn ihre Gemeindeordnung eine Stellvertreterregelung vorsieht. Dies auch, wenn sie davon nicht Gebrauch machen. Sie können das nur abwenden, wenn sie ganz explizit eine Bestätigung einholen. Vielen ist das aber gar nicht bewusst. Es sollte uns allen klar sein, dieser Ausfall wird durch das Sitzungsgeld auf kommunaler Ebene definitiv nicht ausgeglichen. Die Stellvertreterregelung bringt also genau diesen Politikerinnen und Politikern einen Nachteil, die sie eigentlich hätte begünstigen sollen. Dies weil letztes Jahr die EO geändert worden ist. Solche widersinnigen Regelungen können wir nicht unterstützen, darum beantragen wir eine ersatzlose Streichung des Paragraphen 7.

Anja Kroll (Grüne): Geschätzter Herr Präsident, liebe Anwesende! Liebe Corin, ich freue mich, deine Argumente zu hören, die hast du in der Spezialkommission so nicht vorgetragen, du warst an dem Tag nicht anwesend, du hast einfach nur gesagt, du wärst dagegen. Jetzt können wir darüber diskutieren. Ich habe mich schon gefragt, wo ist der Schaden, der hier entsteht. Über das eine Argument mit dem Beruf freue ich mich. Ich hätte es auch gerne anders gehabt. Was das andere Argument betrifft: Ja, das kann man so sehen. Ich finde aber, dass man sich vor allen Dingen darauf fokussieren muss, was die Vorteile einer Stellvertreterregelung sind. Die möchte ich gerne noch einmal so kurz wie möglich hier aufführen. Das Erste ist, dass die Stellvertreterregelung von den meisten Parlamentariern selbst befürwortet wird. Politikwissenschaftler haben das vom Nationalrat bis über Kantonalparlamente und Kommunalparlamente erforscht. Die Parlamentsmitglieder sind in der Regel grossmehrheitlich dafür, wenn sie die Möglichkeit haben, sich ersetzen zu lassen. Ein Beispiel war das Stadtparlament Bern, da waren es 87 %. Dann denke ich schon, dass eine Stellvertreterregelung grundsätzlich die Demokratie stützt. Wir sind darauf angewiesen, das haben wir vorhin auch schon gehört, dass sich Menschen überhaupt bereit erklären, hier mitzumachen. Das ist Freizeit und viele finden es toll, dass wir das machen, aber selbst haben sie keine Lust darauf. Vor allen Dingen Frauen in der Familiengründungsphase haben grosse Hemmungen, sich bereit zu erklären, hier mitzumachen, weil sie natürlich dann zu Recht auch die Sorge haben, wenn das dann nicht so einfach ist mit der Schwangerschaft beispielsweise, ja, was dann? Dann muss man wieder eine Nachfolge finden, man muss aus dem Prozess raus, das ist alles Sand im Getriebe, mit der Konsequenz, dass sie dann zum Teil gar nicht erst antreten. Eine Stellvertretungsregelung im Parlament ist auch gesund, weil Menschen, die in gesundheitlich schwierigen Situationen sind, also eh schon unter Druck stehen oder sich in dem Dilemma befinden. Ich verstehe schon, das ist für Parteien, die viele Vertreter hier



im Parlament haben, nicht so ein wichtiges Thema, aber in einer kleinen Partei macht es dann ein Unterschied, ob jemand kommen kann oder nicht. Womöglich entscheidet diese Person dann zu kommen und damit macht er sich und der Gesundheit keinen Gefallen. Ich denke auch, wenn man zurücktreten muss, weil man im Parlament fehlt, ist es nicht günstig für die Genesung. Ich bin der Meinung, dass es gesünder ist, eine Stellvertreterregelung zu haben und daraus folgt auch, dass es volkswirtschaftlich sinnvoller ist, weil Menschen, die nicht richtig gesund werden können, die kosten ja dann nachher auch mehr. Schliesslich ist auch die Stellvertreterregelung ein Argument zugunsten der Qualität in der Parlamentsarbeit, weil Menschen, die bereits eingearbeitet sind, auch wieder zurückkommen können und nicht die Nachfolger einsteigen müssen. Dies geschieht oft auch Hals über Kopf, und das Wissen von ihren Vorgängern kann gar nicht wieder eingebracht werden. Grundsätzlich kann man sagen, dass eine Stellvertretung im Parlament familienfreundlicher ist. Schlussendlich ist es tatsächlich so, dass Familienarbeit nach wie vor mehr bei den Frauen als bei den Männern ist. Es ist damit auch gelebte Gleichstellung. Last but not least ist, Stellvertretungsregelungen müssen in den Parlamenten von der Stimmbevölkerung selbst getragen werden. Die schon erwähnte Regelung im Grossrat, die hat kantonsweit im eher konservativen Aargau eine Zustimmung von über 64 % erhalten. Im Bezirk Lenzburg waren es fast 73 %. Das Stadtparlament in Bern, die sind etwas weiter links als wir das ist bekannt, aber da hat die Berner Bevölkerung mit 74 % dieser Regelung zugestimmt. Die geht da noch sehr viel weiter als hier vorgeschlagen. Zusammengefasst, es ist moderat, führt nicht zu mehr Aufwand in der Verwaltung, fördert die Qualität der Parlamentsarbeit, fördert die Demokratie, ist in doppelter Hinsicht gesund für die Parlamentsmitglieder, ist volkswirtschaftlich sinnvoll, familienfreundlich, ein Schritt in Richtung Gleichstellung und wird von der Stimmbevölkerung breit getragen. Danke.

Simona Minnig (FDP): Werte Kolleginnen und Kollegen im Einwohnerrat, es ist schon richtig, Anja, ich weiss nicht genau, wie die Umfragen formuliert gewesen sind, aber wenn man grundsätzlich in einem Raum die Frage stellt, ist eine Stellvertreterregelung nicht eine gute Sache, dann bin ich überzeugt, dann sagt der Grossteil der Leute ja. Aber wie die Stellvertreterregelung ausgestaltet ist, ist ein ganz wesentlicher Bestandteil der Antwort, und zwar macht es Sinn oder macht es keinen Sinn. Wir haben in der Vorlage gesehen, dass in der Botschaft des Grossen Rats stand, es mache Sinn, dass für den Grossen Rat und für die Gemeinden mit Einwohnerrat, die gleichen Regeln gelten betreffend die Stellvertretungen. Ich finde, schon ein Vergleich der Sitzungsfrequenz zeigt, dass unsere zehn Sitzungen nicht mit den knapp zweiwöchigen Sitzungen des Grossen Rats vergleichbar sind, hier werden Äpfel mit Birnen verglichen.

Es ist auch zu bedenken, wie auch der Regierungsrat schon damals gesagt hat, es wäre eigentlich schon gut, wenn man noch ein bisschen andere zusätzliche Gründe hätte, dass die Gleichberechtigung nicht nur zugunsten der Frauen, sondern wirklich alle inkludiert. Deshalb sage ich jetzt auch als Frau, diese Stellvertreterregelung ist für unseren Einwohnerrat nicht der richtige Entscheid.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzte Anwesende, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe die Argumentation nicht, weshalb das jetzt ein geschlechtliches Gleichstellungsproblem ist. In der Vorlage steht klar, dass für Frauen und Männer bei Krankheit und Unfall eine Stellvertretung gewährleistet ist. Für mich ist das kein strukturelles Gleichstellungsproblem. Anders ist es bei der Mutterschaft, diese betrifft nur Frauen. Da ist es ein Hindernis, dass man politisch teilnimmt, dass man partizipiert. Wir haben jetzt schon das Problem, dass zu wenige Frauen in der Politik sind. Das andere Argument, das Kollegin Corin Ballhaus vorgebracht hat, betrifft die versicherungstechnische Problematik. Wir müssen in der Schweiz für alles einen Antrag stellen, es kommt nichts automatisch auf uns



zu. Wenn ich in Rente gehe und AHV beziehen will, dann muss ich einen Antrag stellen. Genau so läuft es auch bei der Stellvertretungsregelung, wenn es eine Bestätigung braucht, dann kann man diese einholen. Das habe ich schon gesagt, Frauen sind massiv unterrepräsentiert. Die Regelung ist nicht perfekt, klar könnte man auch regeln, wenn Männer und Frauen entsandt werden, es gibt auch Frauen, die beruflich unterwegs sind und vielleicht den Nachteil haben durch das, dass jetzt hier nicht geregelt ist. Dass es so beim Kanton geregelt ist, ist nicht optimal, aber man kann auch dort politischen Einfluss nehmen und das im Gesetz ändern. Es gibt genug Leute, von euren Kollegen und Kolleginnen aus den Parteien, die im Grossen Rat sind. Ich habe schon gesagt, so ist es mangelnde Vereinbarkeit der Politik, des Berufs und der Familien und das betrifft meistens Frauen. Das ist alles, danke vielmals.

Kristina Schärer (Grüne): Geschätzter Einwohnerratspräsident, liebe Anwesende, ich will die Sitzung nicht unnötig in die Länge ziehen, aber ich will doch auch noch zwei bis drei Sachen sagen. Gewisse Dinge wurden schon angesprochen, aber ich möchte noch etwas hinzufügen. Die Regelung ist nicht perfekt, dem stimme ich zu. Wie Anja das vorhin gesagt hat, es wäre besser, wenn die Regelung ausgeweitet würde. Allerdings sind Frauen die Kinder kriegen meist älter als Leute, die in die RS gehen oder Zivildienst leisten. Auch der Rat ist im Durchschnitt älter. Zweitens finde ich nur weil es nicht perfekt ist, was nicht in unseren Händen liegt, heisst das für mich nicht, dass man es nicht haben kann. Lieber habe ich diese Regelung, welche nicht ganz alle inkludiert, als allen Menschen das Recht auf Stellvertretung wegzunehmen. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Abstimmung.

**Der Änderungsantrag der Paragraph 7 sei ersatzlos zu streichen wird mit 15 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.**

Zu den Paragraphen 8 – 13 gibt es keine Wortmeldungen. Wir kommen zu Paragraph 14.

Manuel Egli (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir stellen noch einmal einen Änderungsantrag im Rahmen der Finanzkompetenzen. Konkret geht es um Paragraph 14, Absatz 2, lit. a. Wir möchten, dass er wie folgt geändert wird: «Das Geschäfte bei Erwerb und vergleichbaren Geschäften den Höchstbetrag von CHF 3 Millionen (bei Baurechten: kapitalisierter Baurechtszins) im Einzelfall nicht übersteigt». Der Stadtrat beantragt, seine Finanzkompetenz von heute CHF 2,5 Millionen auf CHF 4 Millionen zu erhöhen. Wir erkennen an, dass eine moderate Erhöhung sinnvoll ist, halten den vorgeschlagenen Anstieg um CHF 1,5 Millionen jedoch für zu hoch. Schnelligkeit ist bei Liegenschaftsgeschäften wichtig, doch es handelt sich um erhebliche Summen an Steuergeldern. Eine solide Entscheidungsgrundlage muss Priorität haben. Durch die neu vorgesehene Einbindung des Einwohnerrats entsteht bereits eine gute Balance zwischen Effizienz und Qualität. In der Vergangenheit gab es kaum Fälle, in denen die bisherige Kompetenzgrenze nicht ausgereicht hätte. Eine Erhöhung um den Faktor 1,6 erscheint daher nicht notwendig. Die Spezialkommission hat sich ursprünglich für den nun vorgeschlagenen Betrag von CHF 3 Millionen ausgesprochen.

Janine Pfister Meier (SP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Gäste, liebe Pressevertreter, lieber Christoph und Marcel. Die Liegenschaftspreise kennen nur einen Weg, steigend. Die Liegenschaften, die für die Stadt von Interesse sind, sind wohl grössere und für die Stadt wichtige strategische Parzellen. Da braucht es doch die entsprechende

Handlungsfreiheit und Handlungskompetenz, damit der Stadtrat in der nötigen Frist handeln kann. Wir sind also dafür, dass der Stadtrat die Kompetenz von CHF 4 Millionen hat.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zur Abstimmung.

**Der Änderungsantrag die Summe der Finanzkompetenz soll den Höchstbetrag von CHF 3 Millionen nicht übersteigen wird mit 11 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.**

Zu den Paragraphen 15, 16, 17 und 18 gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Wir haben die Gemeindeordnung wie sie in der Vorlage daher kam mit einem Änderungsantrag, nämlich die Reihenfolge der Wahlen von Stadt- und Einwohnerrat, welche wie bisher getrennt voneinander durchzuführen sind, vorliegen. Wir werden jetzt darüber die Schlussabstimmung durchführen.

**Schlussabstimmung: Der Entwurf der Gemeindeordnung mit dem oben erwähnten Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.**

#### **4 (25/171) Verkehrsmanagement Raum Lenzburg: Umsetzung: elektronische Busspur Seonerstrasse: Verpflichtungskredit**

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Die Vorlage zum Verkehrsmanagement Raum Lenzburg bietet ausreichende Informationen, um was es geht. Der Grundsatz des Verkehrsmanagements und die Zusammenhänge werden noch einmal erläutert. Was in der Diskussion in der GPFK aber schnell genannt worden ist, ist, dass der Titel nicht ganz korrekt ist. Es wird da vor allem von der elektronischen Busspur gesprochen. Um diese geht es auch, aber vielmehr ist die Pfortneranlage, also das Zurückhalten des Verkehrs bzw. des Staus in die Stadt hinein, ein Hauptteil. Solch eine Pfortneranlage kennen wir bereits, man hat sie bereits beim Knoten-Neuhof mit Auswirkungen auf den Freiamterplatz. Als wir dem Freiamterplatz zugestimmt haben, sind weitere Pfortneranlagen Richtung Niederlenz bis nach Wildegg geplant und umgesetzt worden. Somit geht es in dieser Vorlage vor allem darum, den Verkehr zu dosieren. Der Stau soll ausserhalb der Stadt stattfinden, es soll ein besserer Fluss des Verkehrs stattfinden, vor allem vom ÖV, generell soll schlussendlich die Durchfahrung durch die Kerntangente optimiert werden. Diese Argumente haben wir beim Freiamterplatz schon gehört und sie sind dort sehr gut erklärt worden. Das ist schlussendlich auch relevant, das Ganze ist ein abgestimmtes Konzept mit Elementen, die einander bedingen. Jedoch, so wie wir in der GPFK-Sitzung erfahren haben, nicht ganz zwingend. Also man könnte da jetzt auch Nein sagen und das Verkehrsmanagement würde nach wie vor funktionieren, einfach nicht so gut. Die Vorlage bietet auch Vorteile für Velofahrende auch das haben wir in der GPFK diskutiert. Beispielsweise beim Queren der Seonerstrasse bei der Badi, aber auch wenn man abbiegen möchte in den Kulmerweg von Seon herkommend. Da steht man auch mit dem Velo im Stau, wenn sich die Autos stauen. Eine Grundsatzfrage, die bei dieser Vorlage wie bei anderen immer mal wieder aufkommt, wer zahlt, wer profitiert? Wir machen da etwas in Lenzburg auf Lenzburger Boden, sprich wir sind gemäss Vorgaben des Kantons verpflichtet, 35 % der Kosten zu tragen, aber wer profitiert davon? Wir Lenzburgerinnen und Lenzburger, die nach Lenzburg fahren oder sind es Auswärtige, die nach Lenzburg kommen oder durchfahren? Diese Diskussion greift allerdings zu kurz. Auch das ist in der Vorlage ausgeführt, auch Staufen trägt einen Teil zum Verkehrsmanagement Raum Lenzburg bei. Wir Lenzburgerinnen und Lenzburger profitieren ebenso vom Verkehrsmanagement Baden oder Aarau, die ebenfalls umgesetzt werden und die von diesen Gemeinden finanziert werden, zumindest zum Teil, wie es das kantonale Gesetz vorsieht. Die Vorlage ist teuer, ganz klar. Das

haben wir bei uns in der Fraktion gemerkt, das haben aber auch verschiedene Fraktionen in der GPFK angemerkt. Es wurde uns allerdings aufgezeigt, weshalb das so ist. Es ist schlussendlich ein relativ kleiner, kurzer Perimeter, indem das Ganze stattfindet. Das Problem ist, dass dort noch sehr viel Vorbereitungs- und Grundlagenarbeiten gemacht werden müssen. Es hat noch keine Rohre in der Strasse, die man nutzen kann. Das heisst, es muss viel Grundlagenarbeit gemacht werden und das ist beim Bauen sehr aufwendig und immer sehr schnell teuer. Dann geht es auch darum, dass die Lichtsignalanlagen eine kostspielige Sache sind, auch diese Kosten sind detailliert in der Vorlage ausgeführt bzw. unterteilt nach den verschiedenen Bereichen. In der GPFK ist noch diskutiert worden, wie es genau mit dem Landerwerb aussieht, das wird in der Vorlage genannt, aber nicht im Detail ausgeführt. Auch das ist zur Genüge in der GPFK diskutiert worden. Es geht nur um kleine Parzellen oder Stücke auf denen Lichtsignalanlagen oder technisches Equipment aufgestellt oder installiert werden muss. In der GPFK haben wir auch Grundsätze des Verkehrsmanagements nochmals diskutiert, was schlussendlich eigentlich auch der springende Punkt ist. All die technischen Details, und die sehr hohen Kosten, sind das eine. Schlussendlich geht es aber um das Gesamtsystem. Wie erwähnt, und diese Aussage wurde wirklich seitens des Tiefbaus so gemacht, das Gesamtsystem funktioniert auch, wenn man ein Element weglässt, einfach nicht so gut. Wenn das Verkehrsmanagement aber seine volle Wirkung entfalten soll, sind Massnahmen auf allen betroffenen Verkehrsachsen nötig. So kann man eigentlich fast nur reagieren, wie da in dem Rat auch schon ältere Voten gelautet haben, da ging es meines Wissens auch um Strassenprojekte, man muss in den sauren teuren Apfel beissen. Es bleibt einem fast nichts anderes übrig. Allerdings macht eine positivere Sicht deutlich mehr Sinn. Wir investieren in die Zukunft von unserem Verkehrssystem, wir befreien die Stadt von Staus, zum Beispiel auch die Bleichekreuzung, wenn sie von Fahrzeugen aus fast allen Richtungen blockiert wird. Wir machen mit der Zustimmung zu dieser Vorlage aber auch den öffentlichen Verkehr attraktiver, was hoffentlich zu einer gewissen Verlagerung führt. Das würde dann wiederum das Verkehrssystem als Ganzes entlasten. Somit ist das Votum seitens der GPFK klar. Wir haben mit dem Verkehrsmanagement Lenzburg angefangen und wollen das jetzt auch weiterziehen. Die GPFK empfiehlt euch die Vorlage daher einstimmig zur Annahme. Gerne äussere ich mich auch noch kurz im Namen der Fraktionen SP und Grüne. Wir haben bei uns in der Fraktion genau den gleichen Punkt besprochen. Das Projekt ist sehr teuer, gerade für den überschaubaren Bereich, den es effektiv abdeckt, aber uns war klar, dass es eigentlich nur Sinn macht, wenn wir mit den Verkehrsmanagementmassnahmen fortfahren, nachdem wir auch dem Freiämterplatz zugestimmt haben. Zudem scheinen uns die vorher erwähnten Punkte ebenfalls wichtig und schlussendlich profitieren Verkehrsteilnehmende von diesem Projekt vielfältig. Wir haben weniger Staus in der Stadt und keine blockierte Bleichekreuzung mehr. Wir haben einen attraktiven öffentlichen Verkehr, der allenfalls zum Umsteigen einlädt. Es hat für den Veloverkehr beim Abbiegen in den Kulmerweg bzw. bei der Querung der Seonerstrasse Vorteile und wir haben generell ein flüssiges Verkehrsregime und somit die Entlastung der Kerntangente. Auch SP und Grüne unterstützen deshalb die Vorlage und werden dieser zustimmen. Danke.

Hans Holliger (SVP): Geschätzter Präsident, geschätzte Mitglieder von beiden Räten, liebe Gäste und Medienvertreter. Die Vorlage ist sinnvoll. Es gibt eine elektronische Busspur, sodass der Bus den Stau überholen kann, einen Veloweg von Seon nach Staufen, was die Sicherheit der Velofahrer erhöht. Es ist so, die Bevölkerung nimmt zu und damit auch der Verkehr. Wir müssen Massnahmen ergreifen den Stau zu dosieren. Die SVP-Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Abstimmung.

**Dem Verpflichtungskredit Verkehrsmanagement Raum Lenzburg; Umsetzung; elektronische Busspur Seonerstrasse wird mit 38 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme ohne Enthaltung zugestimmt.**

## **5 (25/172) Strassensperren Festanlässe; Beschaffung Sperrelemente; Verpflichtungskredit**

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Präsident, wertete Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Medienschaffende, liebe Gäste, der Stadtrat beantragt mit dieser Vorlage, für die Beschaffung von Elementen zur Sperrung von Strassen bei Festanlässen, einen Verpflichtungskredit im Umfang von CHF 545'000 zu genehmigen. Ja, das ist eine grosse Stange Geld. Dies ausgerechnet zum Zeitpunkt, in dem der Finanzhaushalt schon angespannt ist. Das gab in der GPFK natürlich zu reden. In der Vorlage bezieht sich der Stadtrat auf einen terroristisch motivierten Anschlag von 2016 in Nizza, bei dem ein Fahrzeug, konkret ein Lastwagen, als Waffe benutzt und in eine Menschenmenge gesteuert worden ist und eine grosse Zahl an Toten und Verletzten zu beklagen war. Seither hat sich die Welt nicht wirklich verbessert, Attentate in dieser Art gab es seither immer wieder. Wo immer eine grosse Menge an Menschen zusammenkommt, steigt das Sicherheitsrisiko. Wenn bei solchen Veranstaltungen etwas passiert, ist potenziell eine grosse Zahl an Menschen betroffen. Dass Massnahmen zu treffen sind, um die Sicherheit zu erhöhen, ist unbestritten. Darüber, wie gross das Risiko ist, dass ausgerechnet ein Maimarkt oder Chlausmarkt oder das Jugendfest oder sonst ein grosser Anlass eines anderen Veranstalters in Lenzburg das Ziel eines terroristischen Anschlags wird, da kann man sicher unterschiedlicher Auffassung sein. Messen lässt sich das nur sehr bedingt. Noch viel schwieriger zu messen ist das Risiko eines Anschlags ohne terroristischen Hintergrund oder ein Unfall mit medizinischem Hintergrund, bei dem mir persönlich das Risiko deutlich höher erscheint. Dies wäre aber mit der vorliegenden Lösung auch abgedeckt. Der deutsche Schriftsteller Erich Kästner hat mal gemeint, das Leben sei immer lebensgefährlich. Wie sicher sich ein Mensch fühlt, ist ein höchst subjektives Empfinden. Es ist aber Aufgabe und Verantwortung der Exekutive, auch auf kommunaler Ebene für Sicherheit zu sorgen und dass auch oder insbesondere an grossen Anlässen. Es ist ja auch nicht so, dass sie dieser Aufgabe heute nicht nachkommen würden. Heute haben wir eine sehr aufwendige Lösung mit New Jersey-Betonelementen. Von dieser Lösung wissen wir aber, dass sie im Ernstfall noch grösseren Schaden anrichten könnte, weil die Elemente zum Wurfgeschoss mutieren könnten, wenn ein Lastwagen hineinfährt. Ganz abgesehen davon sind sie nicht ideal, wenn Blaulichtorganisationen zu einem Notfall innerhalb des Festgeländes gelangen müssen. Dass der Stadtrat die bestehende Lösung ersetzen will, ist nachvollziehbar. Wenn der Antrag zu einem Zeitpunkt erfolgt wäre, bei dem es um die Stadtfinanzen noch besser gestellt gewesen wäre, hätten wir vermutlich bei dieser Vorlage auch deutlich weniger Diskussionsbedarf gehabt. Die Investition bewegt sich in einem Umfang die dem Submissionsdekret untersteht. Die Submission hat der Stadtrat in diesem Fall vollzogen. So wissen wir auch, dass sich aufgrund der Kriterien, die aufgestellt wurden, nur ein Anbieter qualifiziert hat. Das hat man aber nicht einfach nur hinter dem Schreibtisch geprüft, sondern auch im praktischen Einsatz, wie man der Vorlage entnehmen konnte. Wenn eine Investition dem Submissionsdekret untersteht, ist es bezüglich alternativer Lösungen und Preisvorstellungen kein Wunschprogramm, sondern es dürfen einzig die Angebote geprüft werden, die aufgrund der Ausschreibung eingereicht werden. In dem Fall ist die Submission in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro erstellt worden, was, so hoffen wir jedenfalls, ein gewisser Qualitätsgarant ist. Zurück zu den Kosten.



Wie sie sich zusammensetzen, wird in der Vorlage detailliert ausgewiesen. Das ist das, was wir bei Strassenvorlagen immer mal wieder vermissen bzw. extra einfordern müssen, also von daher haben wir das hier begrüsst. Klar, es hätte dieser Vorlage nicht geschadet, wenn wir auch noch ausgewiesen hätten, wie die Zahl der anzuschaffenden Elemente ermittelt worden ist. Dazu haben wir aber in der GPFK entsprechende Auskunft bekommen. Ein strittiger Punkt war auch die Vermietung dieser Elemente an andere Gemeinden oder Veranstalter. Der Stadtrat erwartet, dass er durch die Vermietungen pro Jahr CHF 30'000 einnehmen kann und so die Abschreibungen neutralisiert werden können. Ist die Summe realistisch? Das wird die Praxis zeigen. Fakt ist aber, dass Lenzburg in einem grösseren Umkreis die erste Gemeinde wäre, die solche mobilen Strassensperren anschafft. Sven Ammann hat uns bestätigt, dass die umliegenden Gemeinden sehr gespannt sind, wie wir heute Abend abstimmen. Ausserdem hat der Anbieter selbst eine Vermietungsplattform geschaffen, über die er von Städten und Veranstaltern, die über solche Elemente verfügen, regelmässig Anfragen bekommt für die Miete von zusätzlichen Elementen und da mache ich mir persönlich weniger Sorgen, dass sie nur in Lenzburg zum Einsatz kommen würden. Ich komme zum Schluss. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat den Verpflichtungskredit zur Anschaffung der Strassensperren über CHF 545'000 mehrheitlich zur Annahme. Wenn wir noch einen Wunsch anbringen können, ist es uns wichtig, dass die Sicherheit nicht nur auf eine Art der Bedrohung beschränkt wird, sondern dass der Stadtrat ein umfassendes Sicherheitskonzept entwickeln wird. Da bleiben wir dran. Danke.

Marvin Meier (SVP): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende, Sicherheit ist ein grosses Thema und jeder hat ein eigenes Gefühl von Sicherheit. Der unkontrollierte Zustrom von Menschen in den letzten zehn bis zwölf Jahren aus allen Herren Ländern hat unsere Gesellschaft in Europa und in der Schweiz verändert, aus meiner Sicht ins Negative. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr sicher. Das ist ein schlechter Trend, aber es ist Tatsache, sonst müssten wir jetzt nicht über die Strassensperren diskutieren, wobei die Strassensperren eine Untertreibung sind. Wir reden eher von einer Islamistensperre, die wir aufstellen wollen. Ob Lenzburg jetzt so interessant ist für die eben genannte Personengruppe, darüber lässt sich streiten, aber Fakt ist, dass niemand Verantwortung übernehmen kann und will, deshalb stellen wir sie einfach auf. Als wir den hohen Anschaffungspreis für die Antiterrorrelemente gesehen haben, sind wir zuerst erschrocken. Wir waren der Meinung, dass dies zu viel Geld ist für eine einzige Möglichkeit, einen Anschlag zu verhindern. Wir haben zwar das Risikofahrzeug verbannt, aber einen Messerangriff oder einen Drohnenangriff oder was es sonst noch alles gibt, dagegen haben wir noch nichts gemacht. Aktuelle Ereignisse zeigen, dass Messerangriffe relativ hoch im Kurs sind. Nach genauerem Studieren dieser Vorlage mussten wir feststellen, die Betonelemente, die wir jetzt haben kosten auch und bieten nicht annähernd den gleichen Schutz. Sie sind sogar eher noch gefährlich, wie Corin das schon ausgeführt hat. Dass das Handling dieser modernen Sperren handlich und einfach ist, das ist für mich unbestritten. Wenn wir durchrechnen und davon ausgehen, dass unsere Politik die Situation in nächster Zeit nicht in den Griff bekommt und immer mehr Gemeinden und Veranstalter auf solche Systeme wohl oder übel zugreifen müssen, habe ich das Gefühl, dass es für uns zugegeben eine teure, aber notwendige Investition ist. Wir haben dann wenigstens ein bisschen etwas dazu beigetragen, dass wir uns sicher fühlen. Was uns auch noch zu einer Zustimmung bewogen hat, ist die Ausführung des Stadtrats, Sven Ammann, im Vorfeld, dass mit der Vermietung ein Teil der Kosten kompensiert werden kann und so die Lenzburger Steuerzahler entlastet werden. Aus diesen Gründen steht die SVP-Fraktion geschlossen hinter dieser Anschaffung und wir stimmen dieser Vorlage zu. Danke schön.



Anja Kroll (Grüne): Geschätzter Herr Präsident, liebe Anwesende, wie dem Präsidenten schon mitgeteilt heute Mittag, stellen wir einen Rückweisungsantrag zu dieser Vorlage. Ich habe zwei Kernpunkte und ich brauche ein bisschen Zeit und Raum, die hier vorzutragen. Die Vorlage ist interessant. Man erfährt über das Risiko sehr wenig und in der GPFK gab es auch zu reden. Vorweg, ich finde Sicherheit auch wichtig. Ich bin überhaupt nicht dagegen, dass wir das machen, ich bin aber dagegen, dass wir es so machen. Ich habe Fach- und Führungskräfte aus Zivilschutz und Störfallvorsorge gefragt, wie macht man denn das üblicherweise, dass man zu fundierten und politisch breit abgestützten Entscheidungen und angemessenen Schutzmassnahmen kommt. Üblich ist, dass man zunächst das Gefährdungsobjekt genau beschreibt, das fehlt in der Vorlage. Anschliessend die Gefährdungsszenarien inklusive Risikobeurteilung aufstellt. Die Risikobeurteilung ist immer sowas wie Eintretenswahrscheinlichkeit und Schadensgrösse, das fehlt in der Vorlage ebenfalls. Wir haben es vorher schon gehört, ganz viele mögliche Bedrohungen sind damit auch gar nicht abgedeckt, sondern nur das Thema von einem LKW-Terroranschlag. Es gibt eine kantonale Risikomatrix und als Gemeinde darf man die Risiken nicht grundsätzlich höher einschätzen als der Kanton. Das Risiko eines LKW-Terroranschlags ist relativ unwahrscheinlich. Es heisst nicht, dass es nicht passieren kann, aber es kommt ungefähr einmal in 10'000 Jahren vor. Ich bin noch immer dafür, dass wir etwas machen, aber ich finde wir müssen im Einwohnerrat vorher eine Debatte führen dürfen, wie viel ist uns welche Risikoabsicherung wert. Mit dieser Vorlage, so wie sie hier präsentiert wird, können wir das gar nicht mehr debattieren, weil wir nur noch Ja sagen dürfen. Auch das Verfahren, das gewählt wurde, ist für mich, nicht glücklich. Natürlich muss man ausschreiben, es ist eine Submission. Ich habe gefragt, warum hat man es so gemacht? Die Antwort war, damit wir wissen, welchen Betrag wir in die Vorlage reinschreiben müssen. Dann muss ich sagen, das kann man auch anders lösen. Da könnte man Richtofferten einholen, dann sind auch schon mal potenzielle Anbieter informiert, dass da was ausgeschrieben wird. Möglicherweise kriegt man dann auch mehr als diese drei Angebote. Formal haben alle das Zertifikat für sieben Tonnen und 48km/h sowie den Streubereich erfüllt. Praktisch hat dann der eine bei der Aufstellung mit Unebenheiten versagt. Was ich noch gesehen habe, der Werkhof hat supergute Arbeit geleistet. Die haben noch praktische Dinge wie Montage und Demontage sowie Transportaufwand überprüft. Daran ist nichts zu bemängeln. Zu bemängeln bleibt die Vorgehensweise, dass man erst eine Submission macht, die jetzt dazu führt, dass wir rechtlich gesehen überhaupt keine Änderungsanträge stellen dürfen. Wir können nur noch Ja sagen oder die Vorlage zurückweisen. Ich plädiere dafür, dass zurückzuweisen und dem Stadtrat und uns noch eine Runde gönnen. Wir sollten eine Debatte darüber führen, wie viel Geld uns Sicherheit wert ist. Dazu noch eine Klammerbemerkung. Wahrscheinlicher sind die Amokfahrten oder gesundheitliche Probleme mit dem PW. Das sind keine sieben Tonnen. Wir sind hier mit diesen Elementen in einem Bereich, den man nicht unbedingt absichern muss. Es gibt andere Risiken, die auch schon erwähnt wurden, Amokläufe oder Messerattacken, die sind damit nicht abgesichert. Ich finde wir müssen das Gesamtpaket anschauen. Welche Sicherheit brauchen wir und wie viel Geld ist uns das wert. Ich habe mit ein paar Leuten aus dem Volk gesprochen und die haben gesagt sie verstehen nicht wie man jetzt über eine halbe Million ausgeben kann angesichts der angespannten Finanzlage.

Ich denke ich habe die wichtigsten Dinge erwähnt. Zusammengefasst, wir wollen ein sicheres Jugendfest, wir wollen sichere Märkte, aber wie viel Sicherheit und zu welchem Preis, das ist eine Sache, die der Einwohnerrat politisch zu verantworten hat und wo nicht der Stadtrat einfach nur sagen kann, nimm es oder lass es bleiben. Das ist keine faire Entscheidung, vor die wir da gestellt werden. Es ist unsere Hoheit hier im Parlament, über das Geld und die Beträge zu entscheiden. Ich danke trotzdem für den Vorschlag. Ich möchte den Antrag auf Rückweisung stellen und den Stadtrat bitten,

eine Vorlage einzureichen, die eine Grundlage für eine differenzierte Diskussion ermöglicht, indem sie zum Beispiel auch vorher verschiedene Anbieter abholt. Vielen Dank.

Fabian Würmli (SP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, wertete Anwesende, ich habe euch meine Argumente heute Nachmittag bereits geschrieben, vielleicht habt ihr es gelesen. Grundsätzlich ist der Unterschied zum Rückweisungsantrag von Anja vor allem, dass es andere Produkte gibt. Ich glaube es gibt Alternativen zu dieser teuren Luxuslösung. Ich glaube auch, es gibt Alternativen für Gemeinden, die sich überlegen müssen, solch hohe Mietbeträge an uns zu zahlen, um diese zu amortisieren. Zusammengefasst glaube ich, ist es nicht die effektivste und effizienteste Lösung mit dem angespannten Budget. Es müssen Alternativen gefunden werden und ich bin mit Anja einverstanden, dass das Ausschreibungsverfahren ein bisschen schiefgelaufen ist. Ich bedanke mich aber, dass die Sicherheit bisher so umgesetzt werden konnte. Ich wäre nicht auf die Idee gekommen diese New-Jersey Elemente wegzuschieben, das subjektive Sicherheitsgefühl ist vorhanden und das ist schön und das wird wertgeschätzt. Es ist klar, dass es einen Aufwand geben wird und dass man längerfristig etwas ändern muss. Aber ich glaube auch, man muss die gesamte Bedrohungslage anschauen. Wir können nicht nächstes Jahr über eine Vorlage entscheiden, in der es heisst jetzt ist die Bedrohung durch Drohnen gross und ein Jahr später durch Messerstechereien. So geben wir zu viel Geld aus für zu wenig Sicherheit. Wir müssen ein Gesamtkonzept haben und als Einwohnerrat müssen wir einer Lösung zustimmen können die Sicherheit gibt und die detailliert ist. Ich habe bei der Repol, bei Christian Brenner und heute noch bei Christoph Hofstetter nachgefragt und stelle nun trotzdem einen Änderungsantrag. Ich bin der Meinung, man könnte CHF 200'000 Franken sparen, wenn wir die nicht abklappbaren Armys-Go-Elemente durch andere ersetzen würden. Das würde bedeuten, wir müssten eine neue Ausschreibung machen. Wir werden in der Vorlage darum gebeten, CHF 545'000 zu sprechen, aber wir sind nicht angehalten, dass es genau diese Ausschreibung sein muss. Gemäss § 18 kann über Änderungsanträge bei Kreditvorlagen nur dann abgestimmt werden, wenn die dadurch verursachte Kostenveränderung feststellbar und das Projekt auch mit dieser Änderung realisierbar ist. Also die Kostenaufstellung ist relativ klar, es könnte aber ein anderes Produkt sein oder andere Massnahmen die günstiger sind und welche die Sicherheit trotzdem gewährleisten. Man könnte das Projekt umsetzen mit CHF 200'000 Franken weniger. Gemäss § 18 bin ich der Meinung, dass ich einen Änderungsantrag stellen darf über eine Kreditvorlage. Die Submission können wir nicht ändern, aber wir stimmen nicht über die Submission ab, wir stimmen über den Kredit ab. Wenn ihr eine lange Diskussion wollt, könnt ihr die Vorlage zurückweisen, mit dem Auftrag eine schöne Vorlage zu machen und dann nochmals darüber diskutieren. Wir wollen alle das Gleiche hier drin – eine sichere Stadt.

Regula Züger (Grüne): Geschätzte Anwesende, ich rede als Parteilose, ich habe das mit niemandem abgesprochen. Bei dieser Vorlage dachte ich, wir seien in Amerika. Wenn ich dem ersten Redner zuhöre, bekomme ich Angst, genau vor solchen Extremisten. Ich habe eine halbe Stunde nachgeforscht und es gab in den letzten 20 Jahren genau 19 solcher Anschläge, und zwar alle in grossen Städten wie London, Berlin, Glasgow, Nizza oder Paris. Nicht in Städtchen wie Lenzburg. Ich wüsste nicht wer hier einen solchen Anschlag verüben will. Das ist eine Hetzerei von Ängsten, die man hier schürt und es passt in die grosse Aufrüstung in ganz Europa. Es gibt in der Schweiz keine Statistik oder Zahlen, dass je so etwas passiert. Wir haben kein Geld dafür. Wir haben nicht einmal CHF 30'000 für Mittagessen für Kinder aus Lenzburg. Bei jeder Vorlage von Tempo 30 sind wir dagegen. Dabei sterben pro Jahr etwa 250 Menschen bei Autounfällen. Man könnte 30 bis 40 % tödliche Unfälle verhindern, wenn man Tempo 30 einführen würde. Aber da sind wir nicht dabei. Aber über eine

halbe Million für fiktive Ängste, die geschürt werden, wollen wir hier diskutieren. Ich bin für eine Rückweisung ohne eine Änderung oder sonstiges. Es gibt keine öffentlich zugänglichen Zahlen über eine solche Gefahr in der Schweiz. Wir wollen für eine halbe Million etwas bauen, was in der Schweiz noch nie eingetreten ist, aber in Lenzburg könnte es passieren. Ich bin klar und ohne Diskussion für eine Rückweisung. Das ist ein komisches Gebilde, das wir uns hier fantasieren und dafür haben wir kein Geld.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt stimmen wir über den Rückweisungsantrag ab.

**Dem Rückweisungsantrag wird mit 20 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.**

**6 (25/161) Sanierung Sägestrasse mit Anpassung Fuss- und Radwegübergang: Abschnitt Landi; Kreditabrechnung**

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Herr Präsident, liebe Anwesende, ich eröffne den Reigen von vier Kreditabrechnungen, die verbindet, dass alle den Verpflichtungskredit überschritten haben. Das ist auch in der vorliegenden Kreditabrechnung der Fall, geprüft haben diese, Manuel Egli und ich. Die Buchungen sind korrekt erfolgt, mit einer Ausnahme. Es gab eine Fehlbuchung, diese wurde aber direkt am nächsten Tag korrigiert. Wir haben uns dann noch erkundigt, ob dies einen Einfluss auf die Berechnung des Bauzinses gehabt hat, hat es aber nicht. Uns wurde bestätigt, dass zwischendurch trotz des Vier-Augen-Prinzips Fehlbuchungen vorkommen können, aber wir haben ehrlich gesagt selten solche festgestellt. Beantragt war ein Verpflichtungskredit von CHF 321'000. Die Abrechnung weist eine Kostenüberschreitung von über 11 % oder über CHF 36'000 auf. Uns hat vor allem die Begründung der Überschreitung sehr überrascht. Denn wir haben es schon in der Vorlage lesen können, dass die Strasse in einem sehr schlechten Zustand sei und die Entwässerung der Strasse optimiert werden müsse. Auf dem kurzen Perimeter dann doch eine Kostenüberschreitung in diesem Umfang zu erzielen, können wir nicht ganz nachvollziehen. Auch wenn es hiess, man sehe erst wenn der Bau beginnt und die Schächte geöffnet werden, wie der Zustand ist. Stossend ist auch, dass man in der Vorlage lesen konnte, dass man CHF 66'000 hat sparen können durch die gemeinsame Ausschreibung mit der nächsten Kreditabrechnung der Meteorwasserleitung. Dies hat man jetzt gerade egalisiert, weil die Strassenarbeiten mit CHF 68'000 überschritten wurden. Dann haben wir noch einen Punkt zu bemängeln an dieser Strasse, die Signalisation der 30er Zone betreffend. Diese ist derart ungünstig und nicht sichtbar angebracht, dass die Polizei dies gerade hat nutzen können und fleissig Bussen verteilt hat. Uns wurde aber bestätigt, dass dies schon angepasst wurde. Das Geld ist ausgegeben aber wir in der GPFK wünschen uns natürlich eine genauere Kalkulation für das nächste Mal. Wir empfehlen trotz allem die Kreditabrechnung einstimmig zur Annahme.

Daniel Bär (SP): Geschätzte Anwesende, ich möchte nicht noch einmal auf die Zahlen eingehen, die Corin vorhin schon erwähnt hat, sonst wiederholen wir uns. Lobenswert an der ganzen Geschichte finden wir von den Fraktionen Grüne und SP die Schaffung einer 30er-Zone. Die 30er-Zone in den Quartieren bietet der Bevölkerung einen effektiven Mehrwert, denn 60 % aller schweren Verkehrsunfälle passieren innerorts. Tempo 30 bietet da einen enormen Sicherheitsgewinn für alle Verkehrsteilnehmenden. Es gibt weniger Unfälle und wenn doch, sind die Folgen meist weniger schwer. Für Kinder ist der Weg oder auch der Schulweg sicherer, der Verkehr fliesst regelmässiger, es profitieren alle Autofahrenden und auch das Gewerbe. Der viel besagte Zeitverlust durch langsames Fahren hat

innerorts auf so kurzen Strecken keinen nennenswerten Einfluss. Ein bisschen später am heutigen Abend wird noch das Postulat der SP, der Grünen und der GLP sowie der EVP überwiesen, welches eine Schaffung einer weiteren Tempo-30-Zone zumindest nachts an der Ringstrasse fordert. Ich bitte euch also, die vorherigen Punkte dazu noch ein bisschen im Kopf zu behalten. Es ist manchmal wichtig zu sagen, dass man nicht nur Geld ausgibt und nicht nur über Zahlen spricht, sondern was auch für einen Wert mit diesen Investitionen geschaffen werden soll, die wir tätigen. Deshalb mein kurzer Exkurs in die Welt der 30er-Zone. Man hat damit nämlich einen Mehrwert geschaffen für die Bevölkerung und damit auch die Lebensqualität erhöht. Zurück zu der Kreditabrechnung. Die Fraktionen der SP und der Grünen stimmen dieser Kreditabrechnung einstimmig zu. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zur Abstimmung.

**Die Kreditabrechnung Sanierung Sägestrasse mit Anpassung Fuss- und Radwegübergang wird einstimmig angenommen.**

**7 (25/162) Neubau Meteorwasserleitung in Sägestrasse und Werkhofstrasse (UFA-Areal): Kreditabrechnung**

Rudolf Baumann (SVP): Werter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Einwohnerrat, liebe Gäste. Ivanka Bašić und ich haben diese Kreditabrechnung geprüft. Die Rechnungen stimmen mit den Konten überein und es wurden keine falschen Buchungen festgestellt. Leider weist diese Abrechnung mit 28,9 % oder CHF 127'697.50 eine massive Kostenüberschreitung aus. Aber ja, es ist so und wir können es nicht ändern. Begründet wird die Überschreitung mit tieferen Grabarbeiten im Bereich der ehemaligen Bahngleise Richtung Niederlenz. Diese Werkleitungen liegen viel tiefer als an den anderen Orten. Das heisst je tiefer man graben muss, desto teurer wird es. Die weiteren Mehrkosten kann man der Vorlage entnehmen. Soweit stimmt die Abrechnung. Es ist gebaut und wir müssen das annehmen. Die GPFK sowie die SVP-Fraktion empfiehlt einstimmig zur Annahme.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Auch hier kommen wir zur Abstimmung.

**Die Kreditabrechnung Sanierung Neubau Meteorwasserleitung in Sägestrasse und Werkhofstrasse wird einstimmig angenommen.**

**8 (25/174) Schulhaus Mühlematt 2. Etappe: Erweiterung des bestehenden Schulhauses: Kreditabrechnung (Planungs- und Baukredit)**

Francis Kuhlen (FDP): Der knapp vierseitige Antrag zur Kreditabrechnung vom «Schulhaus Mühlematt, 2. Etappe; Erweiterung des bestehenden Schulhauses» kontrastiert gegenüber den 15 eng beschriebenen Seiten mit Einträgen von Buchungen von rund 430 Rechnungen. Die gesamten Unterlagen brachten das CMI-System an seine Grenzen. Am Anfang war es uns gar nicht möglich die notwendigen Unterlagen zur Prüfung herunterzuladen und ohne Herunterladen kann man nicht prüfen. Dazu mussten die Dokumente nach Jahre aufgeteilt werden. In einer Zeit, in der Terabytes von Daten mit KI verarbeitet werden, kann CMI nicht einmal 50 MB herunterladen. Der Baukredit wurde im Jahr 2021 bewilligt, die letzte Rechnung wurde im Jahr 2025 beglichen und damit die Rechnung abgeschlossen. Fünf Jahre Projektdauer in einer bewegten Zeit. Aber darüber etwas später. Bei der Prüfung sind uns einige Dinge aufgefallen, was kaum eine Überraschung ist, bei mehr als 400 Rech-



nungen. Dabei habe ich wieder einiges über das heutige Bauwesen gelernt. Hier einen kleinen Auszug von Fragen, die von Linda Kleiner nach kurzfristiger Anfrage sehr umfassend beantwortet wurden. Ich danke Linda dafür ganz herzlich. Als erstes ist uns aufgefallen, dass bei jeder Rechnung der NORD GmbH (Architekten), jeweils mit gleichem Rechnungsdatum eine zweite Rechnung über 5 % der ersten Rechnung folgte. Weshalb? Warum hat man das nicht einfacher gemacht? Das hat damit zu tun, dass sie ein Abkommen gehabt haben, dass die Nebenkosten des Architekten konsequent mit 5% der ursprünglichen Rechnung in Rechnung gestellt worden sind. Die Honorare und die Nebenkosten werden nicht dem gleichen BKP zugeordnet und sind bereits im KV separat geführt. Weshalb nachvollziehbar ist, dass jeweils zwei Rechnungen ausgestellt wurden. Allenfalls hätte man diese Positionen in der ursprünglichen Kreditvorlage auch getrennt ausführen müssen. Etwas anderes, das auffiel, war, dass bei dieser Abrechnung nie ein Skonto verrechnet worden ist. Das hat mich überrascht. Aber die Gewährung von Skonto ist heute eher weniger üblich. Diese werden dafür bei der Gewährung von Rabatten einkalkuliert. Weiter ist zu berücksichtigen, dass die Bearbeitung von Rechnungen bei einem Bauprojekt tendenziell länger dauert, da die Prüfung der Rechnung durch den Architekten/Baumanagement erfolgt und erst dann zur Zahlung an die Stadt Lenzburg gelangt. Also ist das an sich eine gute Lösung, dass man vorher einen Rabatt einfordert. Wir haben beim Strassenbau verschiedentlich schon moniert, dass uns die Unterlagen vom Baumeister nie detailliert mitgeliefert werden, sondern nur immer den pauschalen Betrag. Das ist bei dieser Rechnung nun ganz anders. Es wurden über 100 Regierapporte geschrieben und diese sind alle in den Unterlagen vorhanden. Dies ist wohl der Grund, weshalb das Dokument so gross ist. Der Grund dafür, dass alle Unterlagen vorhanden sind, war, dass es um einen Anbau ging, bei dem man in der Ausschreibung nicht alle Details berücksichtigen konnte. Man hat als Lösung abgemacht, dafür alle Rapporte zur Verfügung zu stellen. Das positive an der ganzen Sache ist, der Baumeister hat seinen KV-Betrag eingehalten, den er offeriert hat. Ein weiterer Punkt, der mir auffiel, ist unter 281.7 Bodenbeläge aus Holz, da hat es eine Rubrik, Lieferung und Verlegen des Klebparketts Eiche Englisch Roh. Mit meiner Herkunft aus einem Land, in dem die Schulzimmer sehr spartanisch eingerichtet waren, habe ich spontan gesagt so etwas gibt es nur in der Schweiz. Wir haben uns dann erkundigt. Es ist wirklich Parkett der verlegt wird in allen Schulzimmern, Lehrerzimmern, Übungsräumen, aber so feudal wie ich es mir vorgestellt habe ist es nicht. Das hat mich schon beruhigt. Ich möchte noch etwas positives über die Abteilung Immobilien, speziell für Linda Kleiner hervorheben. In der Schlussabrechnung datiert vom 22. Juli 2025 gibt es eine ziemlich happige Rechnung des Landschaftsarchitekten. Linda hat moniert, dass diese viel zu spät eintraf und es konnte, ausgehandelt werden, dass der Betrag der Rechnung halbiert wird, als Kompromiss für die späte und unerwartete Zustellung. Ich denke das verdient ein Danke und ein Kompliment. Aus den Unterlagen konnte man entnehmen, dass die Kosten für die Projektierung um rund 33 % und der Baukredit um rund 9 % überschritten wurden. Gesamthaft gab es Mehrkosten von rund 10 %. Das hat verschiedene Gründe. Einer der Gründe vor allem bei den Projektierungskosten war, dass der Einwohnerrat gegen die ursprüngliche Planung entschieden hat, noch um ein weiteres Geschoss aufzustocken. Das war aus heutiger Sicht sicher sinnvoll. Aber für die Planungskosten hatte dies natürlich eine Erhöhung zur Folge. Was berücksichtigt werden muss, ist, dass die Bauteuerung über die Bauzeit happige rund 8 % betrug. Das ist sehr viel. Ich erinnere aber daran, dass das Gros der Bauarbeiten in einer Periode 2022/23 angefallen ist, wo wegen des Ukraine-Kriegs die Rohstoffpreise durch die Decke gingen, weil Lieferketten gestört oder unterbrochen waren und auch die Energiepreise in die Höhe geschossen sind. Mit dieser Teuerung müssen wir leben. Aber der Schulraum wurde dringend gebraucht. Ein Aufschieben kam nicht in Frage. Die Dringlichkeit ist wohl eine Folge, dass in den vorhergehenden Jahren die Schulraumplanung stiefmütterlich behandelt wurde, um das mal anständig auszudrücken. Auffällig ist auch die

Höhe der von der Begleitkommission genehmigten Mehrkosten. Sie sind in der Höhe, in der man wohl Überlegungen über einen Nachtragskredit hätte machen können. Hier stand aber wieder die Dringlichkeit im Weg. Meine Damen und Herren mit dem Erweiterungsbau stehen der Stadt Lenzburg in den Obergeschossen eins bis drei, je vier Klassenzimmer mit zwei Gruppenräumen zur Verfügung. Im EG befindet sich ein Reserve-Kindergarten, welcher aktuell als Klassenzimmer und Gruppenraum genutzt wird und Räume für Logopädie, Heilpädagogik und Büros, welche dringend benötigt wurden. Die gelungene Erweiterung und die Tatsache, dass der Baukredit unter Berücksichtigung der Bauteuerung um etwa 1,2 % überschritten wurde, kann man sicher positiv würdigen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Immobilien gebührt dabei unser herzlicher Dank. Die GPFK empfiehlt einstimmig die Genehmigung der Kreditabrechnung. Auch die FDP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Fabian Würmli (SP): Nur ganz kurz, die SP und die Grünen stimmen der Kreditabrechnung einstimmig zu. Danke, Francis für das Votum, da muss ich nicht mehr viel erwähnen. Es gibt auch Architekturbüros, die haben nur 3 % Nebenkosten, das haben wir schon gewusst. Architektonisch ist der Bau sehr gelungen, Gratulation. Es ist praktisch, die Rückmeldungen meiner Kinder und anderer Schüler sind positiv. Die Vorlage ist auch positiv, die Mehrkosten sind klar erwähnt, auch wie sie entstanden sind. Es hat Änderungen im Planungsprozess gegeben, das gibt es immer. Es gab Verzögerungen und Teuerungen, aber das ist gut dargelegt. Die gute Nachricht ist, man hat den Kredit eher unterschritten, man kann aber sagen, mit den Mehrkosten knapp überschritten, in dem Sinn also eine Punktlandung. Vielen Dank an alle Beteiligten.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zur Abstimmung.

**Die Kreditabrechnung Schulhaus Mühlematt 2. Etappe; Erweiterung des bestehenden Schulhauses wird einstimmig angenommen.**

## **9 (25/176) Schulraumplanung Stadt Lenzburg; Oberstufenzentrum Lenzhard; Schulraum- Provisorium: Kreditabrechnung**

Anja Kroll (Grüne): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, die GPFK musste für diese Sitzung vier Prüfteams stellen. Ich habe zusammen mit Philippe Minnig die letzte Kreditabrechnung geprüft. Die Rechnung schliesst mit gut CHF 1,6 Millionen ab und ist mit über CHF 300'000 oder 24,71 % über Budget. Das ist nicht erfreulich. Weil es doch ein hoher Betrag ist, auch wenn er in der Vorlage gut begründet wurde, haben wir uns die Zeit genommen mit Linda Kleiner das Projekt nochmals anzuschauen. Es ist immer die Hoffnung, dass man für die nächsten Projekte dann etwas mitnehmen kann. Linda hat ganz klar gesagt, die Zeit war einfach der Faktor für dieses Projekt. Wir erinnern uns im Einwohnerrat, wir konnten Ja oder Ja sagen, weil der Schulraum, der musste einfach her. Der Stadtrat hat Provisorien aus einer anderen Gemeinde kaufen wollen. Das hat dann so ähnlich geklappt. Es ist dann zwar dieser Anbieter geworden, aber es waren nicht genau die Container. Das hat sich dann auch noch kostensteigernd bemerkbar gemacht, weil es eben nicht identische Klimageräte waren wie die, die man sich angeschaut hatte. Das ist aber leider ein bisschen spät aufgefallen. Was auch noch dazu geführt hat, dass die Kosten höher waren als geplant, ist die Einsprache von der Procap gewesen die dazu geführt hat, dass man einen Aufzug installieren musste mit mehr Zeit. Das ist aber nur eine Vermutung, dies hätte man vielleicht anders verhandeln können, man hätte vielleicht Vereinbarungen schliessen können, dass das dann im Bedarfsfall nachgerüstet wird. Solche Dinge passieren, wenn man wenig Zeit hat und das letzte, was dann auch deutlich zu einer

Steigerung geführt hat und was ich hier gerne noch erwähnen möchte, das ist die Aufstockung, die man noch beschlossen hat. Man hat mit dem Projekt begonnen und konnte wegen Zeitdruck nicht alles abklären. Ich finde die Option der Aufstockung grundsätzlich richtig, aber das führt halt auch zu Mehrkosten. Es gab aber auch noch personelle Turbulenzen und die haben den vorhandenen Zeitdruck noch verstärkt. Vorhin hat jemand gesagt, man muss auch mal auf die Werte hinweisen. Das finde ich auch, on time, das war das Hauptziel, das hat funktioniert und das ist, ich glaube, ein riesiger Effort gewesen für alle, die da mitgemacht haben. Dafür vielen Dank. Die Qualität, die stimmt auch. Alle Rückmeldungen, die wir gehört haben, sind, dass es den Schülern da sehr gut geht. Es ist anscheinend auch der Schulraum, der halt klimatisiert ist im Gegensatz zu allen anderen Schulzimmern, also da geht man offensichtlich gerne zur Schule, es ist nicht so heiss wie sonst. Das Budget hat nicht geklappt, aber nachvollziehbar und die Rechnungen waren sowieso alle in Ordnung, da haben die Beteiligten wieder einen guten Job gemacht, da ist nichts daran zu bemängeln. Vielen Dank für die Unterlagen und für die Abrechnung. Die GPFK empfiehlt auch diese Abrechnung zur Annahme und die Fraktion der Grünen und der SP natürlich auch. Vielen Dank.

Eric Scherer (SVP): Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, liebe Mitglieder der beiden Räte, Vertreter der Presse und für mich sehr erfreulich die zahlreichen Zuschauer, die sogar die Pause überlebt haben und freiwillig hier sind. Vielen Dank, dass Sie da sind. Wenn ich den Ausführungen hier folge, dann schüttelt es mich. Ich muss das ganz ehrlich sagen. Denn wir haben hier ein Projekt, wo ich persönlich sagen würde, wir reden hier von einer sehr gut planbaren, standardisierten Leistung. Wir haben hier auch andere Projekte, die nicht gut planbar sind oder nicht standardisiert sind, aber hier reden wir von einer gut planbaren, standardisierten Leistung und hier wird gesagt, dass die Einhaltung der Zeit dann noch ein Erfolg ist, also bitte on time, on Budget, in scope, das gehört heute zu jedem Projekt. 24,71 % Budgetüberschreitung ist halt doch nicht mehr ein Bereich, den wir so einfach hinnehmen lassen sollten. Jetzt können wir klar sagen, das sind ja nur CHF 332'000, dann ist das ja nicht so viel, aber man sollte sich das doch noch ein bisschen anschauen, was da eigentlich passiert ist. Da sitze ich als erstes da und sage, was mich extrem stört, ist, dass wir hier einen Bericht haben, der nicht sauber teilt zwischen Überschreitungen und Änderungen des Scopes. Wir haben das gehört, wir haben eine Scope-Änderung, wir haben die Betonfundamente und wir haben den Aufzug, das sind Scope-Änderungen, das sind Mehrkosten. Die sind real, die kann ich akzeptieren, aber die finde ich in der Budgetabrechnung nicht, weil die eigentlich auch bei den Sollkosten aufgeführt werden müssten. Dann müsste «Soll ursprünglich» stehen und dann müsste «Soll mit CA1 und CA2» stehen. Da müsste man sagen mit diesen Betonfundamenten habe ich die Sollkosten um X erhöht und mit dem Aufzug habe ich die Sollkosten um Y erhöht. Das haben wir hier nicht. Das finde ich nicht gut. Hoher Termindruck entbindet niemanden von guter Arbeit. Wenn ich die Liste, der nicht berücksichtigten Leistungen sehe, auch als nicht grosser Baufachmann, dann sind das alles Kosten, die auf einer Standardliste stehen sollten. Das sind Kosten, die muss ich zumindest einmal budgetieren, selbst wenn ich jetzt kein sauberes Angebot habe. Deswegen von der SVP-Fraktion, wir sind nicht glücklich mit dieser Bauabrechnung, aber wir stimmen der trotzdem zu. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir stimmen darüber ab.

**Die Kreditabrechnung Schulraumplanung Stadt Lenzburg; Oberstufenzentrum Lenzhard; Schulraum-Provisorium wird einstimmig angenommen.**

**10 (25-169) Postulat: SP; GLP; Grüne; EVP; Ringstrasse: Tempo 30 in der Nacht; Überweisung****«Tempo 30» nachts auf der Ringstrasse**

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, ob auf der Ringstrasse (West und Nord) nachts eine Tempolimit von 30 km/h eingeführt werden kann und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Umsetzungsvorschlag vorzulegen.

**Sachverhalt und Begründung:**

- Die Ringstrasse West und Nord verbindet die Aarauerstrasse und den Niederlenzer Kirchweg bzw. die Staufbergstrasse in Richtung Niederlenz. Eventuell wird sie dereinst mit einer Verlängerung bis zur Niederlenzerstrasse fortgeführt. Diese ursprüngliche «Umfahrungsstrasse» um den alten Kern von Lenzburg führt mittlerweile mitten durch dicht bewohntes Gebiet.
- Mit der in den letzten Jahren umgesetzten Sanierung und den Anpassungen der Ringstrasse West und Nord wurde eine gut nutzbare Strasse mit hoher Kapazität geschaffen. Dies macht vor allem tagsüber und unter Berücksichtigung des Arbeits- und Transportverkehrs für die Lenzburger Industriezonen Sinn.
- Nachts sollten die Wohngebiete entlang der Ringstrasse West und Nord jedoch entlastet werden. Daher bietet sich eine Temporeduktion auf 30 km/h an.
- Durch die Temporeduktion von 50 auf 30 km/h nimmt der Lärm um rund 3 Dezibel ab. Das entspricht in der akustischen Wahrnehmung einer Halbierung des Verkehrs. Neben der rein physikalischen Reduktion des mittleren Schallpegels verringert Tempo 30 die empfundene verkehrsbedingte Lärmbelästigung zusätzlich um rund 4 Dezibel in der Nacht. Ausserdem nehmen die besonders störenden Lärmspitzen überproportional ab.
- Tempo 30 nachts lässt zudem auch zu, dass die Lichtsignalanlagen auf orange blinkend gestellt werden können. Dies reduziert u.U. den Zeitverlust, verhindert aber vor allem unnötiges Abbremsen und wieder Anfahren und reduziert so den Lärm nochmals merklich.
- Die Strasseneigentümer sind verpflichtet, die Bevölkerung vor schädlichem Lärm zu schützen, primär mit Massnahmen an der Quelle. Das Bundesgericht bestätigte seine Rechtsprechung im Jahr 2018 erneut, indem es unmissverständlich festhielt, dass eine Geschwindigkeitsreduktion, insbesondere 30 km/h, eine wirtschaftlich tragbare und wirksame Massnahme zur Bekämpfung von Strassenlärm ist.
- Ruhe ist nicht nur eine wertvolle Ressource für Gesundheit und Wohlbefinden der Bevölkerung, sondern auch ein bedeutender Standortfaktor. Es sprechen weitere Argumente für Tempo 30, die hier jedoch nur bedingt relevant sind (da die Tempobeschränkung nur nachts gelten soll):
  - Die Verkehrssicherheit wird generell erhöht.
  - Zufussgehende sind subjektiv und objektiv sicherer unterwegs.
  - Auch Velofahrende fühlen sich dank geringerer Tempodifferenzen bedeutend sicherer; ihr Unfallrisiko vermindert sich um mehr als einen Drittel.
  - Der Verkehrsfluss wird beruhigt.
  - Mit Tempo 30 wird die klimafreundliche Fortbewegung gefahrloser.
- Unter einer nächtlichen Tempobegrenzung wird in der Regel ein Zeitfenster von 22 bis 6 Uhr verstanden. Dies sollte auch auf der Ringstrasse so umgesetzt werden.
- In der Schweiz wurden bereits an mehreren Orten gute Erfahrungen mit Tempo 30 nachts gemacht und Wohnquartiere entlastet, u.a. in Lausanne (stadtweit generell Tempo 30 nachts) und Zürich.



Thomas Schaer (SP): Geschätzter Herr Präsident, liebe Anwesende, auch speziell liebe Anwesende auf den Zuschauerrängen, danke fürs Durchhalten. Wir sind jetzt bei Tempo 30 angelangt, das schon ein paar Mal erwähnt worden ist heute Abend. Das Postulat Tempo 30 nachts auf der Ringstrasse ist kurz und bündig formuliert. Ich wiederhole, wir bitten den Stadtrat zu prüfen, ob auf der Ringstrasse (West und Nord), nachts eine Tempolimite von 30 km/h eingeführt werden kann und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Umsetzungsvorschlag vorzulegen. Genau darum geht es uns und wir bitten den Stadtrat um ebenso eine schlanke Beantwortung. Also zu prüfen, ob die rechtlichen Vorgaben für die Einführung von Tempo 30 nachts überhaupt gegeben sind. Wie die nächtliche Temporeduktion am effizientesten signalisiert werden kann bzw. möglichst genau, welche Beschilderungen, Anzahl, Standort etc. nötig sind. Wie die Auswirkung von Tempo 30 nachts, danach beobachtet und ausgewertet werden kann, natürlich ebenso die Einhaltung. Von komplexen, unverhältnismässigen Lösungen ist abzusehen. Wir wollen keine aufwändigen und teuren elektronischen Wechselanzeigen oder ähnliches. Die Gründe für Tempo 30 sind im Postulat aufgeführt. Es ist klar, dass nicht alle gleich zutreffen, wenn Tempo 30 nur nachts gilt. Trotzdem der wichtigste Punkt ganz kurz, besonders wichtig für die Anwohnenden. Durch die Temporeduktion von 50 auf 30 km/h nimmt der Lärm um rund 3 Dezibel ab. Das entspricht in der akustischen Wahrnehmung einer Halbierung des Verkehrs. Neben der rein physikalischen Reduktion des mittleren Schallpegels verringert Tempo 30 die empfundene verkehrsbedingte Lärmbelästigung zusätzlich um rund 4 Dezibel in der Nacht. Ausserdem nehmen die besonders störenden Lärmspitzen überproportional ab. Bei Tempo 30 nachts ist es möglich, dass man die Lichtsignalanlagen auf orange blinkend stellen kann. Das reduziert unter Umständen den Zeitverlust, verhindert aber vor allem unnötiges Abbremsen und Wiederanfahren, was angenehmer ist für die Fahrenden und so den Lärm aber auch noch einmal merklich reduziert. Ruhe ist nicht nur eine wertvolle Ressource für die Gesundheit und Wohlbefinden der Bevölkerung, sondern auch ein bedeutender Standortfaktor. In der Schweiz sind bereits an mehreren Orten gute Erfahrungen gemacht worden mit Tempo 30 nachts in Wohnquartieren. Die werden entlastet. Es gibt Beispiele in Lausanne, wo stadtweit generell Tempo 30 nachts gilt und Zürich hat das auf einzelnen Strassen eingeführt. Die Quartiere an der Ringstrasse könnten somit merklich entlastet werden. Für die Anwohnenden kann mit einfachen Mitteln ohne grosse Einschränkungen für den Verkehr eine bessere Situation geschaffen werden. Denn diesen Anwohnenden sollte auch unsere Aufmerksamkeit gelten. Das Traktandum, zu dem ich jetzt rede, ist von der letzten Sitzung verschoben worden, denn sonst wäre ich jetzt ein bisschen aktueller. Ich bleibe aber trotzdem bei den folgenden Ausführungen. Bei der Infoveranstaltung zur Sanierung des Freiämterplatzes vom 8. September, die war leider nur dürtig besucht, gab es einige Fragen der Anwesenden zu der Verlängerung der Ringstrasse. Es wurden berechnete Befürchtungen geäussert, dass der Verkehr auf der ganzen Ringstrasse nach der Verlängerung zunehmen könnte. Zwar ist am Anlass gut aufgezeigt worden, wie das beobachtet werden kann und welche Möglichkeiten zur Reaktion dann bestehen. Trotzdem gilt es eben die Befürchtungen und die Unsicherheiten ernst zu nehmen. Mit einem Tempo 30 nachts könnte man da bereits ein Zeichen setzen. Auch wenn es beim aktuellen nächtlichen Verkehrsaufkommen noch keinen grossen Unterschied ausmacht, aber man nimmt die Befürchtungen der Anwohnenden ernst und bietet Hand zu einer einfachen, zumindest teilweisen Lösung der Problematik. Zudem möchte ich in Sachen Verlängerung Ringstrasse auch auf die Ammerswilerstrasse verweisen. Wenn die Anwohnenden der Projekte nicht überzeugt sind oder ihre Befürchtungen zu gross sind, wird sich auch für diese Vorlage eine Opposition bilden, die an der Urne siegen könnte. Deshalb jetzt die eindringliche Bitte in diese Runde. Bitte helft mit, das Postulat zu überweisen. Es geht noch nicht darum, nachts auf der Ringstrasse Tempo 30 einzuführen. Es macht aber Sinn und ist wertvoll für uns, für die Entscheidung, welche wir ein anderes Mal treffen

werden, wenn wir wissen, was die Grundlagen sind, juristisch, technisch und finanziell. So können wir dann, eine fundierte Entscheidung treffen. Wie eingangs erwähnt, das Postulat ist bewusst schlank formuliert. So stellen wir uns auch die Beantwortung des Stadtrats und mögliche Lösungsansätze vor. Das Postulat ist von der SP, den Grünliberalen, den Grünen und der EVP eingereicht worden. Weitere Unterstützung aus den anderen Fraktionen würde uns sehr freuen. Vielen Dank.

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtrat, wertige Gäste. Lärm tötet, das ist leider ein statistischer Fakt. Aber Lärm ist nicht nur gleich Lärm. Das heisst, man kann in einem Lärmumfeld leben, wenn man gewisse Ruhezeiten vom Lärm hat. Dann kann der Körper den Stresspegel runterfahren und genau darauf zielt dieses Postulat ab. Wenn der Körper eine Möglichkeit hat, sich in der Nacht wieder entspannen zu können, dann ist auch statistisch bewiesen, dass das Risiko für einen Herzinfarkt sinkt. Gerade in der Nacht ist es sehr wichtig, dass man diese Phasen hat, in denen man mit dem Körper runterfahren und man normal schlafen kann. Keiner von uns will unbedingt in einem lärmbelasteten Umfeld schlafen, deshalb haben wir wahrscheinlich alle nicht unbedingt gerade eine Wohnung an der Ringstrasse West und Nord ausgewählt. Aber es gibt durchaus Leute in Lenzburg, die dort wohnen. Es gibt vielleicht auch Leute unter uns, die dort eine Wohnung oder ein Haus besitzen, welches vermietet wird. Auch das ist vielleicht interessanter zum Vermieten, wenn das ein bisschen an einer besseren Lage liegt und an einer besseren Lage bedeutet halt auch verkehrstechnisch, dass man dort nicht eine starke Belastung hat. Zum einen wollen wir unsere Bevölkerung schützen, das sind die Folgekosten, die wir direkt haben. Zum anderen wollen wir uns als Stadt attraktiv gestalten, dass wir in diesen Wohngebieten auch möglichst eine gute Klientel anziehen. Das können wir wahrscheinlich mit wenig Kosten erreichen und das wollen wir jetzt durch den Stadtrat aufzeigen lassen. Warum braucht es das dort? Eine der grossen Problematiken ist, dass das Kieswerk da liegt. Wir haben viel frühe Anfahrten, die zwischen 5 und 6 Uhr morgens kommen. Die Kieslastwagen kommen über die Weststrasse und am Lichtsignal müssen sie abbremsen und wieder anfahren. Dort hat man dauernd wieder Lärmpeaks. In der Statistik werden diese gemittelt, aber man hat wellenweise Lärmquellen, die reinkommen und einem aus der Ruhephase rausholen. Indem das Lichtsignal auf orange blinkend gestellt werden kann, müssen die Lastwagen nicht abbremsen und es entsteht weniger Lärm. Es gibt viele Gründe, warum man das in Betracht ziehen sollte. Ich danke euch, wenn ihr euch die Mühe macht den Stadtrat zu bemühen uns das aufzuzeigen. Vielen Dank.

Eric Scherer (SVP): Geschätzter Einwohnerratspräsident, liebe Mitglieder beider Räte, Vertreter der Presse, Publikum. Ich denke, wir haben viele Gründe gehört, ich glaube, die sind klar. Ich möchte aber gerne noch etwas mitgeben. Ich oute mich, ich bin Autofahrer. Ich würde am liebsten nicht Auto fahren, aber leider muss ich dort, wo ich hinmuss, häufig auf das Auto zurückzugreifen. Ich fahre durch viele Städte, ich fahre durch viele Gemeinden, durch viele Dörfer. Das Schlimmste, was es für mich gibt, sind 30er-Zonen, die ich nicht erkenne. Das ist wirklich das Schlimmste. Ich habe kein Problem mit 30er-Zonen, aber 30er-Zonen, die ich nicht erkenne, die sind sehr schwierig. Ich wohne auch dort, meine Adresse heisst zwar heute Kirchgartenweg, aber die hiess mal Ringstrasse Nord 34 K, also dementsprechend bin ich auch ein Anwohner dieser Ringstrasse. Ich sage es auch vom Geräusch her habe ich nicht so sehr das Problem, ich höre sehr schön die Autobahn, ich höre sehr schön die Güterzüge in der Nacht, die Ringstrasse höre ich eher nicht, obwohl ich sie sehr gut höre. Nichtsdestotrotz habe ich nichts gegen die 30er-Zone, aber ich habe ein Riesensymbol mit einer 30er-Zone, die für den Autofahrer nicht ersichtlich ist. Deswegen schätze ich in Zürich zum Beispiel die 30er-Zone, in der ich visuell abgebremst werde, nicht wegen dem 30er-Schild, sondern weil

da die Strasse zugemacht wird und ich abbremsen muss. Das haben wir auch bei uns oben im Quartier, wenn ich reinfahre ins Quartier 30er-Zone, da bremsen ich ab, nachher hat es auch Bremsen, funktioniert wunderbar, habe ich kein Problem, ich kann da auch 5 km fahren. Die Ringstrasse ist heute visuell nicht als 30er-Zone ausgelegt und ich weiss nicht, wie man das machen will, dass die dann nachts plötzlich zu einer 30er-Zone wird. Ich sage es jetzt ganz blöd und ganz egoistisch, bitte keinen Blitzkasten dort aufstellen, weil wenn einer mal mit 50 fährt, nachts um 3 Uhr, dann macht er das nicht mit Absicht. Das ist einfach mein Anliegen, ich kann mich voll dahinter stellen, aber ihr müsst euch dies gut überlegen, nur irgendwie ein Schild hinzustellen, das dann plötzlich auf 30 umgestellt wird, ist für einen Autofahrer nicht der richtige Weg. Danke.

Cécile Kohler (Die Mitte): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder von beiden Räten, geschätzte Anwesende der Verwaltung, der Presse und der Bevölkerung, insbesondere unsere beiden Einwohnerratskandidierenden, möchte ich herzlich begrüßen, ich freue mich auch, dass ihr immer noch alle da seid. Die Ringstrasse ist mittlerweile dicht bebaut und es gibt viele Ein- und Mehrfamilienhäuser links und rechts der Strasse, das haben wir schon gehört. Die Verkehrs- und Lärmbelastung ist auch aufgrund der nahen Autobahn erheblich. Die Mitte sieht durchaus Potenzial für die Reduktion der Lärmbelastung durch Temporeduktion von 50 auf 30 km pro Stunde. Grundsätzlich befürworten wir auch die Einführung von Tempo 30, insbesondere im Hinblick auf die Verlängerung der Ringstrasse Nord. Die Lärmbelastung sinkt und der Zeitverlust ist marginal. Wir sind uns aber uneinig, ob es Sinn macht, wie es vorhin auch Eric gesagt hat, ob Tempo 30 nur zu Nacht einzuführen ist, weil sich Unsicherheiten einschleichen können, wenn tagsüber 50 ist und in der Nacht dann 30 gilt. Dort braucht es sicher eine gute Signalisation. Es stellt sich auch die Frage, wie und ob das kontrolliert werden kann. Kurz und gut, wir konnten uns in unserer Fraktion nicht einigen und haben deshalb die Stimmfreigabe entschieden.

Corin Ballhaus (SVP): Werter Herr Präsident, liebe Anwesende, Nachtruhe in Ehre, wir Einwohnerräte und alle, die hier drin sind hätten diese jetzt auch schon, wenn unsere Traktandenliste nicht einmal mehr so reich befrachtet wäre, wie sie es wieder heute Abend ist. Aber zum traktandierten Postulat, ich nehme es gerade vorweg, die SVP-Fraktion wird grossmehrheitlich gegen die Überweisung des Postulats stimmen, aber ich nehme die Gelegenheit wahr, ein paar Punkte aufzunehmen, die das Postulat auslöst. Die Ringstrasse ist keine Quartierstrasse, sondern sie ist eine wichtige innerstädtische Verbindungsstrasse, auch wenn sie ihrem Namen erst zum kleinen Teil gerecht wird und die in der Gesamtheit vermutlich nie der eigentlichen Idee gerecht werden wird. Bei der Sanierung Ringstrasse Nord haben wir einen lärmarmen Belag eingebaut. Solche Beläge bezeichnet der Kanton als eine der wirksamsten Massnahmen zur Reduktion von Strassenlärm an den Quellen. Eine Frage, die das Postulat auch nicht adressiert, was ist lauter. Eine 4-spurige Autobahn, eine Bahnlinie mit hoher Frequenz auch nachts und bald mit Baulärm auch nachts oder eine innerstädtische Verbindungsstrasse. Wir brauchen für die Beantwortung dieser Frage keine kostenpflichtige Lärmmessung. Darum, welchen Unterschied machen wir für die Betroffenen an diesem Ort, wenn wir die kleinste Lärmquelle von allen noch kleiner machen? Zum Schluss meiner Ausführungen noch ein ganz wesentlicher Punkt, den man unbedingt berücksichtigen sollte. Wir haben es heute Abend schon ein paar Mal gehört, das sei nur ein ganz geringfügiger Zeitverlust, der durch die Tempo-30-Zone entstehe. Entlang der Ringstrasse wohnt eine überdurchschnittlich grosse Zahl von Feuerwehrleuten. Wenn ein Notruf eingeht, müssen sie innerhalb von 10 Minuten auf Platz sein, egal ob am Tag oder in der Nacht. Brände nehmen auf das bekanntlich keine Rücksicht. Wollen wir wirklich, dass unsere

Feuerwehr ihrem Auftrag nicht gerecht werden kann, weil sie durch eine Temporeduktion wertvolle Minuten und Sekunden verliert, das kann jeder für sich entscheiden. Danke.

Francis Kuhlen (FDP): Meine Damen und Herren, als Fraktionspräsident der FDP bin ich von Thomas angefragt worden, ob ich das Postulat auch unterschreiben will. Ich habe das nicht gemacht. Nicht, weil ich gegen Tempo 30 bin, grundsätzlich habe ich überhaupt nichts dagegen, weder tagsüber noch nachts. Wenn es Sinn macht und überlegt ist. Ich erinnere an das Votum des Kollegen Höhn an der letzten Einwohnerratssitzung, als es um das Parkleitsystem Schloss ging. Da hat er postuliert, dass es für das Parkleitsystem ein Konzept für die Stadt Lenzburg braucht, entsprechend mit Prioritätensetzung. Ich bin der Meinung, dass man für Tempo 30 nachts auch ein Konzept braucht, und das gehört in die Verkehrskommission, dafür gibt es sie. Die Verkehrskommission soll, wie vor 20 oder 25 Jahren verschiedene Zonen in Lenzburg betrachten und sich überlegen wo es Sinn macht Tempo 30 einzuführen. Ich finde die Fragen, die dem Stadtrat gestellt wurden, richtig, aber es soll nicht nur für die Ringstrasse gemacht werden, sondern für die ganze Stadt. Ich fahre an der Ringstrasse ab und zu auch nach 19 Uhr durch und es gibt da wenig Verkehr und wenig Lärm. Aus lärmtechnischen Gründen müsste man eher tagsüber etwas ändern. Auch Kinder sind um diese Zeit nicht mehr draussen und weniger gefährdet. Wie auch Corin schon gesagt hat und als ehemaliges Mitglied der Feuerwehr frage ich mich, ob es Sinn macht, eine solche Strasse die als Transfer zum Feuerwehrmagazin gebraucht wird noch abzubremesen. Also in dem Sinn bin ich nicht begeistert und lehne das ab, aber ich bin der Meinung, man sollte die Fragen aufnehmen in der Stadt und in der Verkehrskommission ein Konzept für die Stadt Lenzburg machen. Vielen Dank.

Stadtkammann Daniel Mosimann: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrates, aufgrund des Postulats hat sich der Stadtrat Gedanken gemacht, und eine Haltung zu diesem Postulat entwickelt. Grundsätzlich wissen wir alle, dass die Stadt Lenzburg Tempo 30 in den Quartieren hat. Ausser eben an Sammelstrassen, da hat man nach wie vor Tempo 50. Es war unter anderem auch ein bewusster Entscheid des Einwohnerrats, Tempo 50 auf der Ringstrasse zu belassen, als es um die Sanierung Ringstrasse Nord und West ging. Wir haben folgende Ausgangslage. Das Strassenlärmsanierungsprojekt für die Gemeindestrassen in Lenzburg ist fertiggestellt. Das heisst, das Lärmsanierungsprojekt, das akustische Projekte beinhaltet, mit Lärmschutzfenstern bei 21 Liegenschaften, den Einbau von lärmarmen Belägen, konnte abgeschlossen werden. Zum einen konnten bis 2018 überall, wo es nötig war, Lärmschutzfenster eingebaut werden und im Zusammenhang mit der Sanierung der Ringstrasse ist auch lärmarmes Belag eingebaut worden. Mit der Einführung von Tempo 30 auf der Bahnhofstrasse und auch auf der Murackerstrasse hat man auf den Einbau von einem lärmarmen Belag verzichtet. Das heisst das Strassenlärmsanierungsprojekt für Gemeindestrassen ist abgeschlossen und die Stadt Lenzburg hat die Lärmsanierungspflicht tags- und nachtsüber erfüllt. Wir wissen, es gibt Versuche in anderen Städten über die Reduktion der Tempolimits von 50 auf 30 nachts. Dies hat natürlich zu einer Reduktion der Geschwindigkeit geführt. Es wurde aber vom BFU auch festgehalten, dass dieses Tempo 30 deutlich nicht eingehalten wird. Was man feststellen kann, der Lärmpegel hat deutlich abgenommen. Diese Lärmreduktion ist als wahrnehmbar zu bezeichnen. Auch Versuche in Lausanne haben gezeigt, dass mit Tempo 30 der Lärm reduziert wird. Die grosse Herausforderung in beiden Städten ist die Signalisation von Tempo 30 nachts, auch das wurde schon erwähnt heute Abend. Tafeln mit dem Zusatz von 22.00 – 06.00 Uhr Tempo 30 werden zu wenig beachtet. Das würde heissen, fix installierte Speedys oder leuchtende LED-Anzeigetafeln könnten ein Hilfsmittel sein, die Sichtbarkeit zu verbessern. Das heisst, man muss bei jeder Einmündung von einem Quartier eine Signalisation anbringen, damit die Verkehrsteil-



nehmenden informiert sind, dass tagsüber 50 erlaubt sind und nachts nur 30. Das ergibt rund 20 Standorte, an denen diese Signalisation angebracht werden müsste. Das sind Gründe, weshalb der Stadtrat dem Einwohnerrat empfiehlt das Postulat nicht zu überweisen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Vielen Dank. Dann komme ich zur Abstimmung.

**Das Postulat Ringstrasse Tempo 30 in der Nacht wird mit 20 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.**

**11 (25/163) Schriftliche Anfrage: SP und Grüne; leerstehende Häuser; Beantwortung des Stadtrats**

***Schriftliche Anfrage an den Stadtrat: Was tut der Stadtrat gegen leerstehende Häuser?***

*Ausgangslage:*

*Derzeit stehen in Lenzburg mindestens vier Liegenschaften leer und befinden sich in einem offensichtlichen Zerfallsprozess. Es handelt sich um folgende Gebäude:*

- *Stadtgässli 18 (ehemals Schreinerei Hächler)*
- *Grabenweg 16 (ehemals EFH-Schäfer)*
- *Aavorstadt 36 und 38*

*Alle diese Häuser stehen seit Jahren leer. Das Haus Stadtgässli 18 wurde ca. 2014 leergekündigt. Vorgesehen war damals ein Neubau mit Abbruch, vom Stadtrat bewilligt am 03.08.2016. Diese Bau- und Abbruchbewilligung wurde vom Verwaltungsgericht am 22.02.2019 aufgehoben. Das EFH am Grabenweg 16 sollte gemäss Bauprojekt vom 15.12.2018 abgebrochen und die grosse Parzelle mit altem Baumbestand mit einem überdimensionierten MFH überbaut werden, doch wurde die Baubewilligung am 17.11.2021 vom Stadtrat verweigert. Die Häuser an der Aavorstadt 36 und 38 stehen ebenfalls seit ca. 2019 (ev. länger) leer. Auch hier war im Februar 2019 ein Neubau geplant, der jedoch aus rechtlichen Gründen (Unvereinbarkeit mit den Ortsbildschutzziele gemäss ISOS) seitens des Kantons negativ beurteilt und in der Folge nicht weiterverfolgt wurde. Heute ist das ganze Areal in jenem Bereich Gegenstand einer Neuplanung. Es wurde bei der Erarbeitung der BNO bekanntlich ausgeklammert. Es ist völlig offen, wie lange dieser Prozess noch dauern wird. Das Haus Stadtgässli 18 gehört einer stadtbekannten Immobilienfirma. Am Eingang steht eine Tafel: „Zutritt für Unberechtigte verboten – Einsturzgefahr“. Dem Vernehmen nach hat sich vor etlichen Jahren ein Wasserschaden ereignet, weil im Winter trotz erheblichen Minustemperaturen weder das Haus beheizt noch die Leitungen entleert wurden. Seither wurde augenscheinlich nichts unternommen, um die Schäden zu beheben. Man liess einfach den Zerfall fortschreiten. Während die Villa Schäfer nicht schutzwürdig ist, sind es die Häuser Stadtgässli 18 und Aavorstadt 36/38 möglicherweise sehr wohl. Sie gehen auf das frühe 19. Jahrhundert zurück und sind Zeugen für das Herauswachsen der Stadt aus dem engen Perimeter der Altstadt. Sie sind Teil von Strassenzügen, die im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) verzeichnet sind. Man darf vermuten, dass die bauliche Vernachlässigung einer Strategie entspringt, auf diese Weise später leichter eine Abbruchbewilligung zu erhalten und damit den Ortsbild- und Denkmalschutz zu unterlaufen.*

*Problematik*

*Die heutige Krise auf dem Wohnungsmarkt ist bekanntlich weniger ein quantitatives als ein qualitatives Problem: Wer wenig verdient, findet kaum bezahlbaren Wohnraum, wogegen gut situierte Personen die*

*Qual der Wahl haben. Das Belegen neue Zahlen von Wüest Partner, wonach das Angebot an Wohnungen mit weniger als 200 CHF/m<sup>2</sup> seit 2019 um über 60 Prozent zurückgegangen ist, gleichzeitig jedoch Wohnungen ab 320 CHF/m<sup>2</sup> heute 30% des Angebots ausmachen – gegenüber 15% im Jahre 2019. Auch eine ETH-Studie (Lutz/Wicki/Kaufmann, Institute for Spatial and Landscape Development) gelangte zum Ergebnis, dass die Verdichtung hauptsächlich auf Kosten der weniger zahlungskräftigen Haushalte geht. Das Leerstehenlassen von so vielen billigen Wohnungen über so lange Zeit ist in der heutigen Zeit nicht zu verantworten. Dies vor allem auch angesichts der Tatsache, dass der Leerstand sich auf noch unabsehbare Zeit hin zu erstrecken droht. Dazu droht die schleichende Zerstörung von Gebäuden, die in für das Ortsbild wichtigen – und daher im ISOS verzeichneten – Ortsteilen liegen und darum nicht unbedacht verloren gehen sollten. Um die spätere Planung nicht zu präjudizieren, wäre es daher wichtig, ihrem schleichenden Zerfall Einhalt zu gebieten.*

Daher wird der Stadtrat höflich gebeten, **die folgenden Fragen** zu beantworten:

1. Wie viele Gebäude stehen in Lenzburg derzeit leer und seit wann?
2. Wie denkt der Stadtrat die Eigentümerschaften der von Zerfall bedrohten Liegenschaften an ihre Unterhaltungspflicht gemäss § 52 Abs. 1 BauG zu mahnen?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, um das Leerstehenlassen von Wohnraum über unbestimmt lange Zeit zu unterbinden?

#### **Einwohnerrat; schriftliche Anfrage SP und Grüne; leerstehende Häuser; Beantwortung des Stadtrats zu Händen der Einwohnerratssitzung vom 25. September 2025**

- A) Text und Begründung der schriftlichen Anfrage wurden den Mitgliedern des Einwohnerrats unmittelbar nach der Einreichung zugestellt.
- B) Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

#### **I. Allgemeines**

Der Stadtrat bedankt sich für die Fragen zu den leerstehenden Häusern in Lenzburg – namentlich der Liegenschaften Stadtgässli 18, Grabenweg 16 und Aavorstadt 36 und 38. Die Anfrage bringt die Sorge um den Wegfall der historischen Bausubstanz zum Ausdruck, das Bestreben um eine gepflegte Erscheinung von Altstadt und Ringzone und das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum in Lenzburg. Der Stadtrat teilt alle drei Anliegen und beantwortet die Anfrage wie folgt.

#### **II. Beantwortung der Fragen**

*Zur Frage 1: «Wie viele Gebäude stehen in Lenzburg derzeit leer und seit wann?»*

Die Stadt pflegt eine Statistik über die leerstehenden Wohnungen in Lenzburg, jedoch nicht über die derzeit leerstehenden Gebäude. Gemäss «Leerwohnungszählung 2024»<sup>1</sup> des Kanton Aargau verfügt die Stadt Lenzburg über eine Leerstandsquote von 1.24 (Stand 1.6.2024). Dies entspricht

---

<sup>1</sup> Leerwohnungszählung 2024; Herausgeber: Kanton Aargau Departement Finanzen und Ressourcen, Statistik Aargau, Publikationsreihe: stat. Kurzinfo Nr. 147 | September 2024

72 von total 5'811 Wohnungen. Die Leerstandsquote im Kanton Aargau per 1.6.2024 liegt bei 1.3. Im Vergleich zu den Städten Aarau (0.41), Baden (0.94), Bremgarten (0.66), Brugg (1.79), Rheinfelden (1.31), Zofingen (0.58) und Wohlen (1.99) befindet sich Lenzburg im Mittelfeld. Seit 2016 ist die Leerstandsquote der Stadt Lenzburg stetig sinkend.

*Zur Frage 2: «Wie denkt der Stadtrat die Eigentümerschaften der von Zerfall bedrohten Liegenschaften an ihre Unterhaltungspflicht gemäss § 52 Abs. 1 BauG zu mahnen?»*

Gemäss Abs. 1; § 52, BauG (Gesetz über Raumentwicklung und Bauwesen) müssen alle Bauten und Anlagen hinsichtlich Foundation, Konstruktion und Material die für ihren Zweck notwendige Festigkeiten aufweisen und genügend sicher vor Erdbeben, Hochwasser und anderen Naturgefahren sein und den Vorschriften des Brandschutzes entsprechen. Sie sind so anzulegen und zu unterhalten, dass ihre Benutzenden und diejenigen von benachbarten Liegenschaften sowie von Strassen nicht gefährdet werden.

Die Unterhaltungspflicht unterliegt dem Eigentümer. Es ist keine Rechtsgrundlage bekannt, welche den Stadtrat ermächtigt, in vorliegenden Fällen zusätzliche Unterhaltsmassnahmen einzufordern. Einzig bei Gefährdung von Dritten (Einsturzgefahr, herabfallende Ziegel, etc.) kann die Stadt Massnahmen veranlassen, um diese zu verhindern.

Dem Stadtrat ist bekannt, dass für die Liegenschaften Stadtgässli 18 und Grabenweg 16 Planungsarbeiten in Vorbereitung sind. Baugesuche werden in absehbarer Zeit erwartet. Für die Liegenschaften Aavorstadt 36 und 38 wurde ein Bau- und Abbruchgesuch eingereicht. Das Gesuch wurde aufgrund der Ausklammerung des Areals Müli-Märt aus der Revision der Bau- und Nutzungsordnung sistiert. Das Baugesuch wird umgehend weiterbearbeitet werden, sobald die Rechtsgrundlage für die Parzelle geklärt ist.

*Zur Frage 3: «Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, um das Leerstehenlassen von Wohnraum über unbestimmt lange Zeit zu unterbinden?»*

Aus Sicht des Stadtrats handelt es sich bei den genannten Liegenschaften um Einzelfälle, deren Ursache für den Leerstand erklärbar und deren Ende absehbar ist. Der Stadtrat sieht keinen Anlass, dass aktuell grundsätzliche Massnahmen getroffen werden müssen. Mittelfristig plant der Stadtrat die Erarbeitung einer Wohnstrategie, welche sich neben den Fragen zur sozialen Durchmischung auch zum sorgfältigen Umgang mit dem Gebäudebestand Stellung beziehen soll.

Martin Killias (SP): Geschätzter Einwohnerratspräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Stadträte, liebe Damen und Herren, wir haben eine interessante Antwort des Stadtrats, denn die Anliegen, die hinter der Anfrage stehen sind berechtigt. Das freut uns. Der Stadtrat sieht auch, dass es unerwünscht ist, dass Häuser leer stehen. Er sagt dann aber, und das finde ich interessant, wir haben eine Leerwohnungsstatistik aber wir wissen gar nicht wie viele Häuser effektiv leer stehen. Ich denke unsere Stadt ist überblickbar. Wir kennen alle Beispiele von leeren Häusern. Ich habe 4 Beispiele genannt, die seit sehr langer Zeit leer stehen. Stadtgässli 18 beispielsweise seit 2014. Es gibt weitere Beispiele, von denen ich unterdessen gehört habe. Schöne gute Häuser und Wohnungen die einfach leer stehen. Es ist erstaunlich, dass man sich solche Leerstände leisten kann. Auch wenn die Mieteinnahmen nicht gross sind aber über das Jahr addiert gibt das sicher eine schöne Summe. Der Stadtrat führt aus, dass man keine Rechtsgrundlage hat. Darüber möchte ich kein Seminar eröffnen, aber was man machen könnte, wäre das Gespräch suchen. Häuser und Wohnungen leer stehen zu

lassen ist in der heutigen Zeit verwerflich. Die Wohnungsnot ist nicht nur ein quantitatives Problem, sondern auch ein qualitatives. Ein Wohnungsproblem haben vor allem Leute die mit weniger als CHF 5'000 auskommen müssen. Das ist ein grosser Teil der handwerklichen Berufe, diejenigen die eine Lehre gemacht haben. Wir konnten auch gestern in der AZ lesen, dass das Obdachlosen Problem zunimmt. Nämlich weil die Sozialämter auch Probleme haben ihre Klienten unterzubringen. In dieser Situation ist es unverantwortlich, wenn man diesen Zustand zulässt. Ich möchte kurz sagen, die Lösung wird in der Regel darin gesehen, dass mehr gebaut wird. Das Problem ist, von fünf Wohnungen, die neu auf den Markt kommen, sind drei entstanden durch den Abbruch von günstigen Wohnungen, die es vorher gegeben hat. Das heisst also, das qualitative Problem, dass wir zu wenig günstigen Wohnraum haben, wird mit jedem Neubau verschärft. Das war früher anders, als man auf der grünen Wiese bauen konnte. Aber seit 2014, seit dem Raumplanungsgesetz, bei dem das nicht mehr so geht, basiert eben die Wohnbautätigkeit hauptsächlich durch das Abbrechen. Dies geht ganz klar auf Kosten dieser Leute, die wirklich zu kämpfen haben mit dieser Situation. Dazu kommt noch, man weiss von Häusern die gezielt unbewohnbar gemacht wurden, und da meine ich, ist es mit der Rechtsgrundlage einfacher die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands zu verlangen. Mein Eindruck ist, der Stadtrat hat schöne Worte gefunden, er lobt das Anliegen, das finde ich toll. Aber die Antwort des Stadtrats liegt am Grundproblem. Die Politik in der Schweiz anerkennt die Brisanz des Mangels an günstigen Wohnungen nicht und sieht tatenlos zu, wie das Problem permanent verschärft wird. Danke.

## **12 (25/170) Schriftliche Anfrage: Die Mitte: Jungbürgerfeier: Beantwortung des Stadtrats**

*Aus der Jahresrechnung 2024 und den Begründungen ist unter dem Konto der Exekutive 0120.3170.07 erläutert, dass «aufgrund des sehr geringen Interessens [...] entschieden [wurde], keine Jungbürgerfeier durchzuführen». Dies haben wir mit Erstaunen und auch einer gewissen Ernüchterung zur Kenntnis genommen. Die Fr. 5 000 konnten somit eingespart werden. Der Zweck einer Jungbürgerfeier ist es, junge Menschen, die volljährig geworden sind, in den Kreis der Stimm- und Wahlberechtigten aufzunehmen und sie über ihre neuen Rechte und Pflichten zu informieren. Es ist eine Möglichkeit, die Jugendlichen über die Gemeinde und ihre Strukturen aufzuklären und sie zur aktiven Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben zu ermutigen. Und nicht zuletzt ist es auch eine Wertschätzung den jungen Erwachsenen gegenüber. Wir möchten eine aktive Gesellschaft, wir wünschen, dass die jungen Erwachsenen sich als engagierte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einbringen und politisch mitgestalten. Diese Chance wurde im letzten Jahr verpasst. Die Stadt Lenzburg ist sicherlich mit der Absage der Jungbürgerfeier nicht alleine, aber es gibt durchaus auch andere Gemeinden und Städte, die sehr erfolgreich Jungbürgerfeiern durchführen und einen tollen Anlass für die jungen Erwachsenen gestalten. Auch bei der Jungbürgerfeier gilt das Prinzip von Angebot und Nachfrage: Entspricht die Art und Weise der Feier den Bedürfnissen der jungen Erwachsenen, nehmen sie teil. Die Mitte erachtet die Teilhabe der jungen Erwachsenen als hoch relevant für unsere Demokratie und diese Teilhabe beginnt nicht zuletzt an der Jungbürgerfeier. Wir hoffen, dass die Absage der Jungbürgerfeier künftig nicht mehr nötig sein wird. Es stellen sich deshalb folgende Fragen:*

- 1. Wie viele junge Erwachsene wurden in den letzten fünf Jahren zur Jungbürgerfeier eingeladen? Wie viele davon haben teilgenommen?*
- 2. Wie oft wurde die Jungbürgerfeier schon abgesagt?*
- 3. Wie sieht das Programm der Jungbürgerfeier aus? Wann findet sie jeweils ungefähr statt?*
- 4. Wer organisiert die Jungbürgerfeier? Wie sieht die Beteiligung der Jugendarbeit und der Gesellschaftskommission bei der Organisation aus? Werden Jugendliche in der Organisation miteinbezogen?*



5. Wäre es denkbar, die Organisation der Feier (unter gewissen Rahmenbedingungen) den jungen Erwachsenen zu überlassen?

**Einwohnerrat; schriftliche Anfrage, Die Mitte, Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier, Beantwortung des Stadtrats zu Händen der Einwohnerratssitzung vom 25. September 2025**

A) Text und Begründung der schriftlichen Anfrage wurden den Mitgliedern des Einwohnerrats unmittelbar nach der Einreichung zugestellt.

B) Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

**I. Einleitende Gedanken**

Der Stadtrat erachtet die Durchführung einer Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier grundsätzlich als wichtig. Geht es doch an dieser Feier darum, junge Erwachsene beim Erreichen der Volljährigkeit feierlich ins politische und gesellschaftliche Leben der Gemeinde aufzunehmen. Es ist ein Anlass, um den jungen Erwachsenen die Bedeutung der Mitbestimmung, der demokratischen Rechte und Pflichten sowie die Verantwortung als neue Stimmberechtigte bewusst zu machen. Gleichzeitig bietet die Feier eine Gelegenheit, die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft zu stärken und Kontakte innerhalb der Gemeinde zu vertiefen.

Der Stadtrat bedauert es ausserordentlich, dass die Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier so wenig Interesse weckte. Damit geht ein schöner Moment der Begegnung, Wertschätzung und Gemeinschaft verloren, der gerade jungen Menschen einen feierlichen Start in diesen wichtigen Lebensabschnitt hätte bieten sollen.

**II. Beantwortung der Fragen**

*Frage 1: Wie viele junge Erwachsene wurden in den letzten fünf Jahren zur Jungbürgerfeier eingeladen? Wie viele davon haben teilgenommen?*

Die Zahlen der letzten fünf Jahre zeigen folgendes Bild auf:

| Jahr  | Eingeladene Personen | Teilnehmende Personen |
|-------|----------------------|-----------------------|
| 2019* | 135                  | 33                    |
| 2020  | 87                   | 19                    |
| 2021  | 105                  | 17                    |
| 2022  | 79                   | 20                    |
| 2023  | 82                   | 7**                   |

\* 2019 wurde die Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier zusammen mit der Gemeinde Niederlenz durchgeführt. Die gelistete Zahl beinhaltet die Anzahl der Teilnehmenden beider Gemeinden.

\*\* Es haben schlussendlich nur 4 Personen teilgenommen.

*Frage 2: Wie oft wurde die Jungbürgerfeier schon abgesagt?*

Die Feier wurde losgelöst der Anzahl Teilnehmenden immer durchgeführt. Nach dem Anlass im 2023 kam man jedoch zum Entschluss, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis bzw. Aufwand-Nutzen-Verhältnis nicht mehr stimmt, als Konsequenz wurde der Anlass ab 2024 nicht mehr organisiert.

*Frage 3: Wie sieht das Programm der Jungbürgerfeier aus? Wann findet sie jeweils ungefähr statt?*

Die Feier fand jeweils an einem Freitagabend im September statt. Das Programm startete um 18.00 Uhr mit einem Plauschteil (Bspw. Besichtigung Turnzentrum, Foxtrail, Escape Room, Outdoor-Spiele auf der Schützenmatte, Klettern im Kraftreaktor), gefolgt von einem Abendessen im lockeren Rahmen (bspw. Hamburgerplausch der Metzgerei Häusermann, Kosthaus, YamYam). Der offizielle Teil mit einer Kurzansprache und der Überreichung eines kleinen Erinnerungspräsents bestritt der Stadttammann. Ebenfalls anwesend waren weitere Vertretende aus dem Stadtrat, eine Person aus der Abteilung «Standortentwicklung & Kommunikation» sowie die organisierenden Lernenden.

*Frage 4: Wer organisiert die Jungbürgerfeier? Wie sieht die Beteiligung der Jugendarbeit und der Gesellschaftskommission bei der Organisation aus? Werden Jugendliche in der Organisation miteinbezogen?*

Die Abteilung «Standortentwicklung & Kommunikation» trägt die Gesamtverantwortung für den Anlass, organisiert wurde er aber als gemeinsames Projekt von den KV-Lernenden der Stadtverwaltung. Eine Zusammenarbeit mit weiteren Abteilungen und Kommissionen hat es nicht gegeben. Der Einbezug der Jugendarbeit wäre eine Möglichkeit.

*Frage 5: Wäre es denkbar, die Organisation der Feier (unter gewissen Rahmenbedingungen) den jungen Erwachsenen zu überlassen?*

Für die Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier wurde im Budget 2026 kein Betrag eingestellt. Der Stadtrat wird im kommenden Jahr entscheiden, ob eine Wiederaufnahme der Feier erfolgen soll. Ein verstärkter Einbezug der jungen Erwachsenen ist eine prüfenswerte Option.

Cécile Kohler (Die Mitte): Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Nach dem Entscheid des Stadtrats, die Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier aufgrund des sehr geringen Interesses nicht mehr durchzuführen, hat sich die Mitte-Fraktion des Einwohnerrates in einer schriftlichen Anfrage nach diesen Hintergründen erkundigt. Die Antwort des Stadtrats ist für uns nicht wirklich befriedigend. Seit 2019 sind die Teilnehmerzahlen stark rückläufig. Das bedeutet, dass die bis jetzt durchgeführten Anlässe offenbar nicht dem Bedürfnis der zwischen 80 und bis 135 neu Stimm- und Wahlberechtigten jungen Erwachsenen entsprochen haben oder immer weniger entsprechen. Die Antwort des Stadtrats liest sich aber nicht wirklich als etwas, das gross interessiert, sondern es ist eher so ein bisschen eine Kenntnisnahme davon. Die negativen Entwicklungen sind für den Stadtrat nicht so, dass man dagegen auch irgendetwas machen müsste, dass man die jungen Menschen abholen kann, dass man sie an eine Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier bringen kann. Wir denken, es sollte eine bessere gesellschaftliche Verankerung passieren, das heisst, man müsste die Gesell-

schaftskommission beauftragen, die städtische Jugendarbeit mit einbeziehen, das Tommasini oder Vereine oder auch Parteien. Die direkte Demokratie hat besonders auf lokaler Ebene eine hohe Wichtigkeit. Schon heute ist es sehr schwierig, jüngere Menschen für politische Aktivitäten vor Ort zu begeistern, was man auch aus der kandidierenden Liste für die Einwohnerratswahlen entnehmen kann. Es muss ein relevantes Anliegen der Stadt Lenzburg sein, die Jungbürgerinnen und Jungbürger für ihr demokratisches Engagement, zum Beispiel in Kommissionen, im Einwohnerrat oder als aktive Stimme und Wahlberechtigung zu gewinnen. Den jungen Menschen sollte ein überzeugendes Interesse signalisiert werden, dass ihre politische Beteiligung sehr erwünscht und ihre Meinung wichtig ist. Die Mitte-Fraktion wünscht sich eine Wiederbelebung und innovative Weiterentwicklung des Traditionsanlasses, beispielsweise in Form einer Zukunftswerkstatt oder einer aktiven Gestaltung des öffentlichen Raums als gesellschaftlichen Anlass oder was auch immer. Die Abstützung sollte breiter passieren. Den Jungbürgerinnen und Jungbürgern sollte unbedingt ein positives Signal gegeben werden, dass ihre Teilhabe an den politischen Prozessen in der Stadt Lenzburg und auch darüber hinaus glaubwürdig gefördert werden soll. Die Mitte-Fraktion setzt sich darum dafür ein, dass die Jungbürgerinnen und Jungbürger auch künftig wieder aktiv ins politische Leben von Lenzburg mit einbezogen werden.

### **13 (25/168) Schriftliche Anfrage: FDP und Die Mitte: Waldmonitoring: Beantwortung des Stadtrats**

#### **Schriftliche Anfrage im Sinne von §26 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Lenzburg**

Sehr geehrter Herr Präsident des Einwohnerrates

Der Lenzburger Wald ist ein wichtiger naturnaher Raum, der vor übermässigen Störungen zu schützen ist. Der Wald ist wichtig für das Klima, weil er CO<sub>2</sub> speichert, den Wasserhaushalt reguliert und Sauerstoff produziert - für die Biodiversität ist er genau so wichtig, weil er den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und den Schutz vor Erosion sicherstellt. Gleichzeitig dient er den Menschen als nachhaltiger Erholungsort und bietet über die Nutzung durch den Forstbetrieb einen wirtschaftlichen Mehrwert. Der Wald wird durch die wachsende Bevölkerung immer stärker belastet und steht unter Druck; insbesondere aufgrund des zunehmenden Bedürfnisses nach Freizeitaktivitäten im Wald. Gemäss dem Bericht **Waldmonitoring (WaMos3)** des Departement Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau wird der Wald primär zum Spazieren und Natur beobachten genutzt. Der Wald wird aber ebenso sehr gerne für Sport und unter anderem auch Radfahren/Biken verwendet. Obschon der Lenzburger Wald über viele Kilometer an ausgebauten Waldstrassen verfügt, haben sich in den letzten Jahren mehrere illegale Bike Trails (bspw. zwischen Esterliturm und Aabach) etabliert, welche den naturnahen Raum empfindlich stören. Es handelt sich dabei um eine nach kantonalem Waldgesetz verbotene, nachteilige Nutzung des Waldes. Diese illegalen Aktivitäten haben im Lenzburger Wald eine Grösse erreicht, die nunmehr die Aufmerksamkeit des Dachverbandes Swiss Cycling auf sich gezogen hat. Der Swiss Cycling Leiter MTB Trainingsstützpunkt Aargau in Gränichen, Beat Stirnemann, setzt sich als Co-Präsident des Vereins Mountainbike Aargau für die Legalisierung von illegalen Biketrails ein. In diesem Zusammenhang wurde der Kontakt zu der von ihm als «Esterlicrew» bezeichneten Gruppierung in Lenzburg gesucht, um die bestehenden Bike-Trails zwischen Esterliturm und Aabach in die Legalisierung zu führen.

*In diesem Zusammenhang werden die folgenden Fragen zuhanden des Stadtrats gestellt:*

- *Wie beurteilt der Stadtrat die Schaffung von illegalen Bike-Trails im Lenzburger Wald?*
- *Welche Massnahmen hat der Stadtrat in den letzten Jahren angeordnet, um die erwähnten nachteiligen Nutzungen durch illegales Biken im Wald zu verhindern?*
- *Wie viele Bussen wurden in den letzten fünf Jahren ausgestellt, um illegales Biken in das Recht zu setzen?*
- *Hat der Stadtrat die Absicht, innerhalb der Grenzen von Lenzburg einen speziell markierten Bike-Trail zu bewilligen bzw. einen der bestehenden illegalen Bike-Trails zu legalisieren?*
- *Wird der Stadtrat bei der künftigen Beurteilung von geplanten Bike-Trail Vorhaben den Wildtierkorridor AG-08 (von nationaler Bedeutung) und dessen Ausbreitungsachse beachten?*
- *Wie setzt der Stadtrat durch, dass Biker künftig nur auf den erlaubten Strecken fahren?*

**Einwohnerrat; schriftliche Anfrage von Christina Bachmann-Roth (Die Mitte) und Philippe Minnig (FDP); Waldmonitoring; Beantwortung des Stadtrats zu Handen der Einwohnerrats-sitzung vom 25. September 2025**

- A) Text und Begründung der schriftlichen Anfrage wurden den Mitgliedern des Einwohnerrats unmittelbar nach der Einreichung zugestellt.
- B) Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

### **I. Beantwortung der Fragen**

*Zur Frage 1: «Wie beurteilt der Stadtrat die Schaffung von illegalen Bike-Trails im Lenzburger Wald?»*

Der Stadtrat anerkennt, dass sich das Mountainbiken zu einem beliebten Breitensport entwickelt hat und das bestehende Waldwegnetz den Ansprüchen der Bikerinnen und Biker an anspruchsvolle Abfahrten oft nicht genügt. Nichtsdestotrotz können die widerrechtliche Schaffung von Trails im Wald, die gegen die geltende Gesetzgebung verstossen und ohne Absprache mit der Waldeigentümerin erfolgt, nicht geduldet werden. Es ist festzuhalten, dass das Befahren von nur wenigen Insidern bekannten Trails eine erhebliche Störung für Wildtiere darstellt. Der Stadtrat erachtet das Verhältnis zwischen dem Nutzen für einige wenige Bikerinnen und Biker und dem damit verbundenen Schaden für das Wild als ungünstig.

*Zur Frage 2: «Welche Massnahmen hat der Stadtrat in den letzten Jahren angeordnet, um die erwähnten nachteiligen Nutzungen durch illegales Biken im Wald zu verhindern?»*

In den letzten Jahren wurden an verschiedenen Standorten neu entstandene Trails durch die Forstdienste in enger Abstimmung mit dem zuständigen Stadtrat unpassierbar gemacht, indem sie mit Bäumen und Ästen verbarrikadiert wurden. Diese Massnahme ist jedoch auf Bereiche beschränkt, in denen Bäume ohnehin gefällt werden müssen und die Strecke gut einsehbar ist, um gefährliche Situationen zu vermeiden. Die errichteten Barrieren wurden teilweise schnell und mit professionellem Gerät wieder entfernt. Zudem hat sich das Aufstellen von Verbotsschildern als nicht zielführend erwiesen, da diese regelmässig in kurzer Zeit entwendet werden.



*Zur Frage 3: «Wie viele Bussen wurden in den letzten fünf Jahren ausgestellt, um illegales Biken zu ahnden?»*

Die Regionalpolizei Lenzburg hat in den letzten fünf Jahren im Lenzburger Wald ab und zu Kontrollen durchgeführt aber keine Verzeigungen ausgesprochen. Die meisten Vergehen zeigten sich im Zusammenhang mit der Leinenpflicht für Hunde.

*Zur Frage 4: «Hat der Stadtrat die Absicht, innerhalb der Grenzen von Lenzburg einen speziell markierten Bike-Trail zu bewilligen bzw. einen der bestehenden illegalen Bike-Trails zu legalisieren?»*

Ja. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass es unverhältnismässig und nicht zielführend wäre, den Bikesport im Lenzburger Wald gänzlich zu unterbinden. Vielmehr ist es angezeigt, eine lenkende Funktion wahrzunehmen. Der Stadtrat hat die Erfahrungen und Resultate der in den letzten zwei Jahren im Kanton Aargau durchgeführten Pilotprojekte abgewartet, bevor eigene Massnahmen ergriffen wurden. Ohne den noch notwendigen Dialog mit den verschiedenen Anspruchsgruppen vorwegzunehmen, vertritt der Stadtrat den Standpunkt, dass eine attraktive, offizielle Abfahrt im Gebiet Berg vom Esterliturm geschaffen werden soll. Dabei steht primär die bereits bestehende und weniger problematische Abfahrt in Richtung Norden über den Häxenplatz ins Zweiweiertal im Fokus.

*Zur Frage 5: «Wird der Stadtrat bei der künftigen Beurteilung von geplanten Bike-Trail Vorhaben den Wildtierkorridor AG-08 (von nationaler Bedeutung) und dessen Ausbreitungsachse beachten?»*

Die Beachtung des Wildtierkorridors AG-08 ist von zentraler Bedeutung. Der Stadtrat erkennt an, dass die Hauptbeeinträchtigungen für die Durchlässigkeit des Wildtierkorridors AG-08 auf dem Lenzburger Gemeindegebiet durch die Kombination aus Hauptstrasse, Bahnlinie, Veloweg und dem Sauerstoffkanal verursacht werden, welcher von den meisten Wildtieren nur an einer einzigen Stelle problemlos überquert werden kann. Im Vergleich dazu sind die Störungen durch Freizeitaktivitäten geringer einzustufen. Nichtsdestotrotz soll die Nutzung – im Sinne einer gelenkten Freizeitaktivität – an einem Ort stattfinden, an dem sie möglichst unproblematisch ist. Dies spricht gegen eine Legalisierung der Abfahrt vom Esterliturm in nordwestliche Richtung via Wylwand zum Aabach.

*Zur Frage 6: «Wie setzt der Stadtrat durch, dass Biker künftig nur auf den erlaubten Strecken fahren?»*

Der Stadtrat ist überzeugt, dass durch eine Kombination aus dem Angebot einer attraktiven, legalen Abfahrt und der Erhöhung des Drucks auf illegale Trails – sei es durch erneutes Verbarrikadieren oder durch Strafverfolgung – der überwiegende Teil der Mountainbikerinnen und -biker künftig auf die legalen Strecken gelenkt werden kann.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Präsident, geschätzte Mitglieder aus beiden Räten, liebe Gäste und liebe Verwaltungsmitglieder. Besten Dank für die Antwort und die gute Analyse. Sie ist gut ausgeführt, ehrlich und selbstkritisch. Auch gut finde ich, dass der Stadtrat das Gespräch mit verschiedenen Anspruchsgruppen suchen möchte. Der Wald ist ein Ort der Ruhe und Erholung für uns Menschen, aber auch ein Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Die geplanten Bike-Pisten gefährden das, sie bringen mehr Störungen in den Wald, stressen die Wildtiere und führen am Ende zu mehr Verbiss Schäden und höherem Abschussdruck. Philipp Minnig und ich haben diese Anfrage gestellt, auch weil wir uns viel im Wald aufhalten. Wir finden auch, es gibt längst ein dichtes Netz an Waldwegen, welche das Biken schon jetzt ermöglichen. Ein neuer Trail mitten im sensiblen Gebiet ist deshalb unnötig und auch schädlich. Wir sollten den Wald schützen und bestehende Wege nutzen.

Auch die Beantwortung zeigt auf, wie schwierig das heutzutage ist, dass eben die Wege wirklich nicht benutzt werden bzw. illegale Wege heute schon entstehen. Es ist deshalb auch naiv zu glauben, dass mit einem speziellen Bike-Trail, die Biker diese Wege nicht wieder verlassen um sich speziellere, coolere, bessere Wege suchen. Das Problem ist dann aber, dass wir dann nicht nur unsere Lenzburgerinnen und Lenzburger haben auf diesen Pisten, sondern anziehende Bike-Trails haben für die ganze Region. Somit kommen noch mehr Biker in den Wald. So ist es schwierig, diesen einzigartigen Naturraum zu erhalten. Unsere Freizeitwünsche sind gross und vielfältig, mich eingeschlossen. Man kann sich dann überlegen, was Lenzburg bieten muss, und ist biken jetzt der breite Sport, den wir auch abdecken wollen, haben wir nicht genug Freizeitangebote. Ich denke es ist gut, wenn man das prüft. Auch eine Kostenbeteiligung von Bikern am Unterhalt könnte geprüft werden. Wir glauben, in der Region gibt es schon Bike-Trails, das reicht. Lenzburg muss da nicht mithalten. Wir müssen nicht überall dabei sein. Wir nehmen die Antwort zur Kenntnis und sind mit der Analyse in dem Sinn einverstanden und verfolgen das kritisch weiter. Merci vielmals.

#### **14 (25/156) Schriftliche Anfrage; GLP; Altstadtfest; Beantwortung des Stadtrats**

*Schriftliche Anfrage Manuel Egli. GLP, zur Durchführung eines Altstadtfestes anlässlich des 20-Jahre-Jubiläums der neugestalteten Altstadt Im Juni 2026 jährt sich die Neugestaltung unserer Altstadt zum 20. Mal. Die Eröffnung der Kerntangente rund ein halbes Jahr zuvor befreite die Altstadt vom Durchgangsverkehr - täglich rund 16'000 Fahrzeuge -, wodurch sie sich in eine Begegnungszone für die gesamte Bevölkerung verwandeln konnte. Dass es sich hierbei zweifelsohne um ein historisches Ereignis handelt, zeigt der Blick in unsere Stadtchronik auf unserer Webseite, wo der Eintrag "Eröffnung Kerntangente" der letzte aufgeführte ist (der vorher aufgeführte war die Eröffnung der A1 1967). Seither hat sich die Altstadt weiterentwickelt, doch sie steht weiterhin vor grossen Herausforderungen. Das "Lädelisterben" ist Realität - es stellt sich die Frage, wie wir die Altstadt weiter stärken können; nicht nur als Ort für Begegnung, sondern auch als wirtschaftliches Zentrum mit hoher Lebensqualität. Das 20-jährige Jubiläum der neugestalteten Altstadt bietet die perfekte Gelegenheit, diese Themen aufzugreifen. Dabei könnte ein Altstadtfest nicht nur ein fröhlicher Anlass zum Feiern sein, sondern auch als Plattform für eine breitere Diskussion über die Zukunft der Altstadt dienen. Denkbar wäre eine Veranstaltungsreihe, die neben kulturellen und geselligen Anlässen auch Fachveranstaltungen, Diskussionsrunden und innovative Konzepte zur Belebung der Altstadt umfasst.*

*Deshalb stellen wir folgende Fragen an den Stadtrat:*

- 1. Hat der Stadtrat bereits Überlegungen zu einer Feier oder einem Altstadtfest anlässlich dieses Jubiläums angestellt? Falls ja, wie sehen diese aus?*
- 2. Falls nein, wie steht der Stadtrat einer Durchführung eines Altstadtfest im Jahr 2026 grundsätzlich gegenüber - so wie oben skizziert?*
- 3. Welche Akteure (z. B. Vereine, Gewerbetreibende, Kulturschaffende) könnten in eine mögliche Planung einbezogen werden?*
- 4. Welche Finanzierungsmöglichkeiten sieht der Stadtrat für ein solches Fest?*
- 5. Welches wäre der ideale Zeitpunkt?*

*Wir sind überzeugt, dass ein solches Fest resp. eine solche Veranstaltungsreihe organisatorisch machbar wäre und einen grossen Mehrwert für Bevölkerung und Gewerbe bieten würde.*

## **Einwohnerrat; schriftliche Anfrage von Manuel Egli, GLP, Altstadtfest; Beantwortung des Stadtrats zu Händen der Einwohnerratssitzung vom 25. September 2025**

A) Text und Begründung der schriftlichen Anfrage wurden den Mitgliedern des Einwohnerrats unmittelbar nach der Einreichung zugestellt.

B) Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

Die Belebung der Altstadt ist ein wichtiges Anliegen, es ist aber eine Verbundaufgabe von Immobilienbesitzenden, Gewerbetreibenden und Stadt. Die Stadt hat mit dem neuen Reglement zur Benutzung öffentlicher Fläche einen grossen Schritt in Richtung Liberalisierung getätigt. Mit Workshops (smart regio lab) organisiert die Verwaltung auch Vernetzungsmöglichkeiten. Mit dem neuen Parkierungsreglement II können weitere Gegebenheiten für die Altstadt verbessert werden. Weiter unterstützt die Stadt durch den Werkhof den Wochen- und Warenmarkt.

### **Beantwortung der Fragen**

*Frage 1: «Hat der Stadtrat bereits Überlegungen zu einer Feier oder einem Altstadtfest anlässlich dieses Jubiläums angestellt? Wenn ja, wie sehen diese aus?»*

Der Stadtrat anerkennt das Anliegen aus der Bevölkerung nach einem Altstadtfest. Erste Überlegungen dazu wurden bereits angestellt. Eine Durchführung im Jahr 2026 wird aufgrund der begrenzten Vorbereitungszeit als nicht realistisch eingeschätzt.

Als mögliche Alternativen für eine Durchführung eines Altstadtfestes stehen zwei Zeitpunkte zur Diskussion:

#### **1. Altstadtfest im Jahr 2029 (anlässlich Neugestaltung Rathausgasse)**

Ein Fest im Jahr 2029 könnte anlässlich der Neugestaltung der Rathausgasse (1989) verbunden werden. Es bleibt ausreichend Zeit für eine sorgfältige Planung und Organisation. Als Nachteil ist zu erwähnen, dass die emotionale Bindung an diesen Anlass möglicherweise geringer ausfällt.

#### **2. Altstadtfest im Jahr 2031 (anlässlich Jubiläum Erlangung Stadtrecht, 725 Jahre)**

Im Jahr 2031 jährt sich die Erlangung des Stadtrechts. Dieses historische Jubiläum bietet einen stark identitätsstiftenden Anlass für ein Altstadtfest. Die emotionale Beteiligung der Bevölkerung dürfte hoch sein, und das Fest liesse sich gut in ein Jubiläumsjahr mit weiteren Aktivitäten einbetten. Als Nachteil gilt die längere Vorlaufzeit (Wartezeit) bis zur Durchführung.

Die Option einer Durchführung im Jahr 2026 wird verworfen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Optionen 2029 und 2031 weiter zu prüfen und dem Stadtrat zu gegebener Zeit entsprechende Grundlagen zur Entscheidungsfindung vorzulegen.

*Frage 2: «Falls nein, wie steht der Stadtrat einer Durchführung eines Altstadtfeſts im Jahr 2026 grundsätzlich gegenüber – ſo wie oben skizziert?»*

Der Stadtrat ſteht dem Wunsch nach einem Altstadtfeſt grundsätzlich poſitiv gegenüber. Eine Durchführung im Jahr 2026 wird jedoch als nicht reaſtiſch eingeſchätzt, da die verbleibende Zeit für die notwendige Planung und Organisation zu knapp bemessen iſt. Der Stadtrat befürwortet eine ſorgfältige Vorbereitung und verweiſt deſhalb auf mögliche Alternativen in den Jahren 2029 oder 2031, die mit bedeutenden ſtädtiſchen Anläſſen verknüpft werden könnten.

*Frage 3: «Welche Akteure (z.B. Vereine, Gewerbetreibende, Kulturschaffende) könnten in eine mögliche Planung einbezogen werden?»*

In die Planung eines möglichen Altstadtfeſts könnten verſchiedenſte lokale Akteure einbezogen werden, um eine breite Abſtützung und ein vielfältiges Programm zu gewährlen. Dazu zählen inſbeſondere:

- **Vereine**, etwa aus den Bereichen Kultur, Sport, Geſellſchaft und Brauchtum, die mit eigenen Beiträgen zum Feſtprogramm beitragen könnten
- **Gewerbetreibende und Gastronomiebetriebe** aus der Altstadt und Umgebung, beispielsweise für Marktſtände, Verpflegung oder thematiſche Aktionen
- **Institutionen**, Museen, zur inhaltlichen und geſtalteriſchen Mitwirkung
- **Schulen und Jugendorganisationen**, um auch die jüngere Generation einzubeziehen
- **Vertretungen aus Politik und Verwaltung**, etwa zur Koordination, Bewilligung und Infrastrukturplanung

*Frage 4: «Welche Finanzierungsmöglichkeiten ſieht der Stadtrat für ein ſolches Feſt?»*

Für die Finanzierung eines Altstadtfeſts ſieht der Stadtrat grundsätzlich eine Kombination verſchiedener Finanzierungsquellen als ſinnvoll:

- **Städtiſcher Beitrag**: Eine finanzielle, materiell und perſonelle Unterſtützung durch die Stadt wäre denkbar, inſbeſondere zur Deckung von Infrastrukturkoſten, Sicherheitsmaßnahmen oder Koordinationsaufwand.
- **Beiträge von Sponsoren**: Lokale Unternehmen, Organisationen oder Institutionen könnten als Sponsoren gewonnen werden und ſo zur Finanzierung des Feſts beitragen.
- **Einnahmen aus dem Feſtbetrieb**: Einnahmen aus Standgebühren oder Gastronomie könnten zur Koſtendeckung beitragen.
- **Beiträge von Kanton oder Stiftungen**: Je nach Anlaſsbezug (z. B. Jubiläum) könnten auch Fördergelder beantragt werden.
- **Freiwilligenarbeit und Eigenleiſtungen**: Ein bedeutender Teil der Umsetzung könnte durch das Engagement von Vereinen, Kulturschaffenden und freiwilligen Helfer/innen erfolgen, was die Geſamtkoſten reduziert.

Der Stadtrat erachtet eine tragfähige Finanzierung als zentrale Vorausſetzung für die Realisierung eines ſolchen Anlaſſes und würde dieſe im Rahmen der weiteren Planung detailliert prüfen laſſen.



*Frage 5: «Welches wäre der ideale Zeitpunkt?»*

Der Zeitraum von August bis September ist jedes Jahr bereits stark von traditionellen Anlässen wie dem Gauklerfestival oder den Musikalischen Begegnungen geprägt. Als idealer Zeitraum für ein Altstadtfest bietet sich daher eher das Frühjahr an – insbesondere die Monate Mai oder Juni, um terminliche Überschneidungen zu vermeiden und Synergien optimal zu nutzen.

Manuel Egli (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich mache nicht mehr allzu lange. Danke vielmals dem Stadtrat, speziell an dich Sven, für die Beantwortung dieser schriftlichen Anfrage zum Vorschlag der GLP, ein Altstadtfest durchzuführen. Es freut uns, dass ihr das Thema auf dem Radar habt. Auch das Thema Altstadtentwicklung, darum ging es uns im Wesentlichen bei dieser Anfrage. Es ist aus unserer Sicht nachvollziehbar, dass 2026 ein bisschen zu kurzfristig gewesen wäre, auch wenn jetzt der Aufhänger mit dem Jubiläum der Kerntagen toll gewesen wäre. Der Stadtrat schlägt jetzt in der Antwort zwei konkrete Daten vor, 2029 und 2031. Ganz ehrlich, das ist so weit weg, dass die Chance so gross ist, dass es wieder unter den Tisch fällt. Ich möchte deshalb festhalten, die Herausforderung der Altstadt und der Altstadtentwicklung, die ist jetzt. Ich glaube auch, dass dies die Bevölkerung und das Gewerbe umtreibt. Deshalb finden wir es wichtig, dass dies auf dem Radar gehalten wird. Wir nehmen das zur Kenntnis, danke noch einmal vielmals für die Antwort. Wir werden uns einen Reminder in der Agenda setzen und euch an die Organisation erinnern.

## 15 Umfrage

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir haben das Ziel, vor 23.00 Uhr mit der Sitzung fertig zu sein, erreicht trotz der langen Traktandenliste. Ich danke allen für die gute Debatte und wünsche eine gute Heimreise und gute Nacht.

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:



Die Protokollführerin:



